Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 183 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Montag, den 8. August 1921 | Anzeigenpreis: 3m achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Zur Hebung der Staatsautorität.

In Kreisen der Volksparteiler und Deutschnationalen ist man sehr um die Staatsautorität, die angeblich von sozialdemokratischen und sonstigen republikanischen Beamten herabgedrückt wird, besorgt.

Der sattsam bekannte volksparteiliche Abgeordnete Heidenreich-Halle schrieb daher in der „Allg. Zeitung" unter „Staatsautorität" einen Artikel. Wie dieser kühne Mann die Staatsautorität haben will, bewies er damit, daß er Hörsing und Severing anödete und bei der Polizeibeamtenschaft denunzierte.

Nicht in dem Sinne eines Heidenreich, Dryander und Konsorten, sondern aus ehrlicher Besorgnis um die Staatsautorität müssen auch wir zu dieser Frage Stellung nehmen. Wir wollen zunächst einige „kleine Anfragen" an den Regierungspräsidenten von Gersdorf richten:

1. Wie ist es zu erklären, Herr Präsident, daß in der „Hall. Zeitung" wiederholt Notizen erschienen sind, die den Inhalt wiedergeben aus Schriftsätzen, die nur der Regierung zugegangen sind? Wie kam das Urlaubsgesuch des früheren Landrats Kasparek, das persönlich an Sie gerichtet war, in die „Hall. Zeitung"? Wie ist es zu erklären, daß in den deutschnationalen Zeitungen zu lesen war, Oberpräsident Hörsing habe einen scharfen Straferlaß gegen die Polizeibeamten erlassen? Aus einem amtlichen Dementi des Oberpräsidenten aber war zu ersehen, daß der Oberpräsident nur an die Regierung das Ersuchen gerichtet hat, alle die Fälle, [illegible] zu prüfen und die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

2. Ist Ihnen, Herr Regierungspräsident, bekannt, daß Ihr Vertreter, Oberregierungsrat Bolze, zu Privatpersonen und Beamten nur vom Oberpräsidenten als „der Hörsing" in mehr als wegwerfendem Tone spricht? Ist Ihnen bekannt, daß er die Redensart sogar jungen Polizeioffizieren gegenüber getan hat und von einem Polizeileutnant korrigiert wurde?

3. Ist Ihnen, Herr Präsident, bekannt, daß Ihr Vertreter während Ihres Urlaubs einen Bericht an den Minister über den „kommunistischen" Landrat Dr. Lensdorf (Merseburg) geschickt hat, dem lediglich eine deutschnationale Denunziation zu Grunde lag? Ist Ihnen bekannt, daß dieser Bericht unter Umgehung des Oberpräsidenten direkt geschickt wurde und wie man sich in Merseburg offen erzählt, nur, damit der Bericht in Berlin war, wenn die deutschnationale Kommission dort vorsprach. Ist Ihnen bekannt, daß deutschnationale Kreise und Polizeioffiziere sich offen rühmen, es sei dafür gesorgt, daß die Regierung an Oberpräsidenten Hörsing nur das schicke, was sie für richtig halten?

4. Ist Ihnen bekannt, Herr Präsident, daß auch sog. Fachleute, d. h. Akademiker, die sogar den bürgerlichen Parteien angehören, als „Protege Hörsing" angeredet und behandelt werden, wenn Oberpräsident Hörsing die Herren zur kommissarischen Verwaltung eines Amtes vorgeschlagen hat?

5. Ist Ihnen bekannt, Herr Präsident, daß der Landbund und andere landwirtschaftliche Organisationen, Felddiebstähle ungeheuerlich übertreiben, auch frei erfinden, nur um einen Vorwand zur Schaffung von bewaffneten Organisationen zu haben? Ist Ihnen bekannt, daß solche sogen. Flurschutzorganisationen von Offizieren geleitet und gegen die gesetzlichen Bestimmungen und gegen den Friedensvertrag bestehend, in großer Zahl da sind; daß die Organisationen und Bewaffnung militärisch sind? Ist weiter bekannt, daß ein Menschenleben diesem Flurschutz bereits zum Opfer gefallen ist? Ferner, daß die Arbeiterschaft die Frage ernstlich prüft, wie diesem verbrecherischen, innen- und außenpolitisch gefährlichen Treiben ein Ende gemacht wird?

6. Ist Ihnen, Herr Präsident, bekannt, daß Ihr Polizeireferent Reg.-Rat Kielhorn sich vor Freude bald überschlagen hat, als Ihr früherer Schützling Oberst v. Hartwig Polizeibeamten, die ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, aber Sozialdemokraten waren, rechtswidrig entlassen hat?

7. Es ist Ihnen bekannt, Herr Präsident, daß der Landrat Dr. Gericke in Torgau in der Haferablieferungsfrage versagt hat. Kennen Sie seine völlig unwahren und ehrverletzenden Redensarten über die Frau des Reichspräsidenten? Haben Sie über das jeder Staatsautorität hohnsprechende Treiben dieses Landrats — der nebenbei noch Ihr Parteifreund ist — den vorgesetzten Dienststellen Bericht erstattet?

8. Es ist Ihnen bekannt, Herr Präsident, daß die volksparteilichen und deutschnationalen Redner, sowie ihre Presse die unglaublichsten Angriffe auf die sozialdemokratischen Beamten, Landräte, Bürgermeister, Stadträte usw. gerichtet haben. Als pflichttreuer Beamter haben Sie sich doch von den Angegriffenen Bericht erstatten lassen und ersehen, daß es Lug, Trug und Verleumdung war. Haben Sie zur Hebung der Staatsautorität auch nur in einem einzigen Falle versucht, die Ehre der Ihnen unterstellten Beamten zu schützen und gegen die Verleumder und Ehrabschneider Strafantrag gestellt?

9. Ist Ihnen, Herr Präsident, bekannt, daß die Polizeibeamtenschaft der Auffassung ist, daß die Wünsche der obersten Polizeibeamten recht schnell erledigt, die Wünsche und berechtigten Forderungen der Hauptleute, Leutnants und Wachmeister in ihrem Polizeidezernat aber unendlich langsam bearbeitet werden, ja fast gar nicht vom Flecke kommen?

10. Ist endlich bekannt, daß in einigen Standorten die Polizeibeamten entgegen dem Verbot des Ministers mit geisttötendstem Drill gequält werden, der Polizeiunterricht dagegen fast ganz unterbleibt? Ist es weiter richtig, daß verfassungstreue Beamte, die der Sozialdemokratie angehören, sich fürchten müssen, während die Anhänger der Rechtsbolschewisten die Männer der Regierung in unverschämtester Weise auch in den Dienststunden angreifen?

Wir wollen uns heute mit diesen wenigen Fragen begnügen. Wir erbitten Antwort, denn davon hängt es ab, wie wir eine Reihe weiterer sehr delikater Fragen stellen. Vielleicht ist es möglich, den Glauben aller Republikaner, als ob in Merseburg zur Hebung der Staatsautorität nichts getan wird, zu zerstreuen. Wenn wir auch nicht daran glauben, aber aussprechen müssen wir es, daß in unseren Parteikreisen der Glaube immer mehr Wurzel faßt, daß die Regierung in Merseburg sich allmählich zu einer Filiale der deutschnationalen Partei herausbildet, zumal vom Präsidenten bis zum jüngsten Referendar nur Deutschnationale dort sitzen.

Die Steuervorlagen der Regierung.

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, der über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden soll, hat die deutsche Regierung die Entwürfe von 15 neuen Steuergesetzen veröffentlicht, die alle dem gemeinsamen Zweck dienen, den ungeheuren finanziellen Verpflichtungen des Reiches nach außen hin nachzukommen. Die Wahl des Zeitpunktes mag durch Zufall oder aus Absicht so erfolgt sein, wäre das zweite der Fall, so wäre das sicher ein taktisch geschickter Zug: Der Welt vor der großen Entscheidung noch einmal zu zeigen, welche ungeheuren Opfer das deutsche Volk auf sich nimmt, um seinen Ententegläubigern ein zahlungsfähiger Schuldner zu sein.

Das Schicksal der neuen Steuergesetze steht beim Reichstag. Daß sie nicht alle, so wie sie sind, angenommen werden, darf man nach der bisherigen Praxis des Reichstags als gewiß voraussehen. Ob aber etwas Positives zustande kommt, das soweit wie möglich geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, das wird in hohem Grade von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Die Steuerberatungen werden in ganz verschiedenen Atmosphären stattfinden, je nachdem im deutschen Volk der Eindruck besteht, daß durch Opfer schließlich doch eine Verbesserung der Gesamtlage zu erreichen ist, oder aber die Ueberzeugung vorwaltet, daß ja doch alles nichts hilft.

Die neuen Vorlagen, die an den Reichsrat gehen, bevor sie dem Reichstag unterbreitet werden, liegen noch nicht in ihrem Wortlaut vor, sondern der Oeffentlichkeit wird ihr Inhalt nur auszugsweise mitgeteilt. Bereits bekannt waren nur das Zuckersteuergesetz, das die Steuer von 15 Pfg. auf 1 Mark für das Kilogramm erhöht, das Gesetz über das Branntweinmonopol mit einer Vereinfachung der Einnahme und das Süßstoffgesetz. Es folgen Vervierfachung der Leuchtmittelsteuer, Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer, Vervierfachung der Biersteuer, Aufhebung der Ermäßigungen der Tabaksteuer, höhere Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade, Erhöhung der Kohlensteuer auf 25, später 30 Prozent, Verdoppelung der Umsatzsteuer.

All dies sind Steuern, die den Verbrauch treffen und die Lebenshaltung, die durch die Brotverteuerung verteuert wird, abermals verteuern.

Viel ausführlicher als diese Verbrauchssteuern werden in der Veröffentlichung der Regierung die Steuern auf den Besitz behandelt. Der Raum, der ihnen gewidmet ist, beweist freilich nichts für die Bedeutung, die ihnen in der Gesamtheit der Steuervorlagen zukommt. Schätzungen der zu erwartenden Erträge fehlen in beiden Fällen, so daß es unmöglich ist, die Erträge der Verbrauchssteuern mit jenen der Besitzsteuern zu vergleichen.

Schließlich folgt am Ende der vielsagende Satz: „Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts."

Damit wird auf die Tatsache angespielt, daß das Projekt einer festen Beteiligung des Reichs an der Substanz und an den Erträgen der Sachwerte zurzeit einer Prüfung durch einen besonderen Unterausschuß unterliegt. Dieses Projekt hat bekanntlich in allen Kreisen, die die Interessen des Besitzes vertreten, einen gewaltigen Sturm hervorgerufen.

Was von diesem Projekt in den Beratungen des Kabinetts übrig bleiben wird, läßt sich schwer voraussagen. Auf keinen Fall wird es von der Sozialdemokratie ohne weiteres preisgegeben werden. Die Steuerreform legt der Masse des Volkes ungeheure Lasten auf, es ist Pflicht dafür zu sorgen, daß sich der Besitz den seinen nicht durch neue Winkelzüge entzieht.

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt:

Die Beratung des Reichskabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums kann folgender Ueberblick gegeben werden. Es liegen folgende Gesetzentwürfe vor:

1. Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes mit einer Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm.

2. Der Entwurf eines Süßstoffgesetzes.

3. Der Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol. Erhöhung der Einnahmen aus dem Hektoliter von 800 auf mindestens 4000 Mark unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und Vereinfachung des Gesetzes.

4. Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern:

a) Erhöhung der Leuchtmittelsteuersätze auf das vierfache,

b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer,

c) Erhöhung der Biersteuer auf das vierfache, unter gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten — 50 Mark — und dem niedrigsten Steuersatze — 41 Mark,

d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuersätze (§ 86 des Tabaksteuergesetzes) unter gleichzeitiger Umgestaltung der obersten Steuerklasse für feingeschnittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak.

5. Der Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Zöllen. Erhöhung der Zollsätze für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade, sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind oder nur dem Luxus dienen.

6. Der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes. Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu ermäßigen.

7. Der Entwurf eines Rennwettgesetzes. Zulassung von Buchmacherwetten.

8. Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.

9. Der Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. Die gegenwärtig im Reichssteuergesetz vorgesehenen niedrigen Steuergesetze sollen erhöht und die Steuerbefreiung eingeschränkt werden. Der Steuersatz soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pfg., auf bewegliche Gegenstände 40 Pfg. für tausend Mark betragen unter entsprechender Berücksichtigung für Baulotversicherungen und Lebensversicherungen 4 Mark v. H. der Prämie.

10. Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes. Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgaststätten mit einem Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.

11. Der Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung der Körperschaftssteuergesetzes. Die Körperschaftssteuer soll bei den Erwerbsgesellschaften 30 v. H. des gesamten steuerbaren Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen der Schachtelgesellschaft sollen abgeschwächt, die Erhöhung der Körperschaftssteuer durch eine Milderung der Besteuerung des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise ausgeglichen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0001

12. Der Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes unter vollständiger Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes, aus dem die Besteuerung der Rennwetten, Versicherungen und Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen worden ist, sollen die der Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrssteuergesetz zusammen besonders behandelt werden. Hierunter fällt die Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinlagen beschränkt ist. Hiervon ist insbesondere die Besteuerung der Aktiengesellschaften mit 7 v. H. zu erwähnen. Das System der Börsensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der Sätze für Dividendenpapiere, insbesondere Aktien. Die Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf 6 v. H. erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden, damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die letztere Maßnahme soll aber erst platzgreifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen. Die Börsenumsatzsteuer soll auch die Gewähr von Bezugsrechten ergreifen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbeanschaffungssteuer, die gelegt wird auf Erwerbe von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen und die eine Ergänzung der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der Mark und der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen es nach der Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem bestimmten Stichtag, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die jeder Schwankung der Mark folgt, der sachlichen Berechtigung. Bei dem Reichsnotopfer werden Vermehrungen des Vermögens und Wertveränderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind, grundsätzlich nicht, Wertverminderungen nur im engen Rahmen berücksichtigt. Neugebildete Vermögen werden von ihm nicht erfaßt. Die Ablösung des Reichsnotopfers, das auch auf der Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der schlechteren vorgenommen werden. Es läßt mithin gerade diejenigen in weitem Sinne unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes Nutznießer der Geldentwertung geworden sind. Das Reichsnotopfer stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Bewertungsvorschriften unter dem Grundsatze einer besonderen Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung der Sachwerte gegenüber dem reinen Kapitalvermögen erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar. Während das Kapitalvermögen durch bei dem gleichbleibenden Nennbetrage wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert, bleiben Gewerbebetriebe und Grundbesitz im wesentlichen von der Geldentwertung verschont. Deshalb schlägt der Entwurf einen sachgemäßen Ausbau des Reichsnotopfergedankens vor, und zwar in der Weise, daß zwar der nach dem Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers gezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlage treten soll. Hierbei ist in Aussicht genommen, den festen Stichtag aufzugeben und damit alle neugebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeitabschnitten von etwa 3 zu 3 Jahren oder auch in kürzeren Zeitabschnitten zu veranlagen und damit Wertsteigerungen und Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Besitzpunkten zu bewerten und damit die schwerempfundene Ungleichmäßigkeit der geltenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,05 bis 1 v. H. aufsteigen und bei nicht physischen Personen 1 vom Tausend betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der für physische Personen 300 v. H., für nicht physische Personen 150 v. H. der Vermögenssteuer beträgt. Jede Besteuerung des werdenden Vermögens soll beseitigt, und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich machen. Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr der eigenen wirtschaftlichen Entschließung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abbürden will. Zur Grundlage der Wertermittlung soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichsabgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des Zuschlages für alles Vermögen, das nicht wie das Kapitalvermögen der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besonders der Geldwertbewegung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten. Die Grundsätze sollen von dem Reichsfinanzminister der Finanzen nach Anhörung des Reichsrats sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen Erwerbszweige sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrats mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Wertstand der Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen insbesondere auf Gewinn und Umsatz des Unternehmens Rücksicht nehmen. Dabei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste Durchschnittssätze zu Grunde gelegt werden. Das Ziel der Bewertungsvorschriften soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Soweit Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichsnotopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechende Verzinsung auf die Vermögenssteuer angerechnet oder auf Antrag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie entrichtet worden sind.

14. Der Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. An die Stelle des geltenden Besitzsteuergesetzes soll im Anschluß an die unter Ziff. 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach den gleichen Grundsätzen wie bei der Vermögenssteuer erfolgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mk. betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Steuersatz soll mit 1 v. H. für die ersten 100 000 Mark beginnen und bei Zuwachsbeträgen von über 6 Millionen Mark den Höchstsatz von 10 v. H. erreichen.

15. Der Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchen Vermögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhaft selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Goldmark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne müssen zur Besteuerung herangezogen werden, trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verstärkte Steuer- und Kapitalflucht oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des mäßigen Zuwachses den in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs erfassen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe befreit bleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuersätze sollen sich zwischen 5 und 30 v. H. bewerten und die Bewertung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert des Grundvermögens und das stehende Betriebskapital dagegen nach Maßl des steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angesetzt werden.

Die unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstage bereits vor. Die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden.

Die vorstehend unter Nr. 8, 11, 12, 13, 14 und 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Besitzes soweit als irgend möglich weiter ausbauen. Zieht man aber weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern in Gleichgewicht steht, und dadurch dem Grundsatze einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf einen anderen Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reichs heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Der Oberste Rat tritt heute zusammen.

Paris, 7. August. (W. T. B.) Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs.

Der österreichische Gesandte in Paris soll gestern, wie Petit Journal mitteilt, auf dem Quai d'Orsay gewesen sein, um auf die kritische Lage Oesterreichs hinzuweisen. Nach dem gleichen Blatt ist es noch nicht sicher, ob die albanische Frage auch auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wird. Für die Dauer der Konferenz sind 8—10 Tage vorgesehen.

Paris, 7. August. (W. T. B.) Wie Havas mitteilt, haben die alliierten Sachverständigen, die mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage betraut waren, gestern den Bericht an den Obersten Rat beendet, in dem das Ergebnis ihrer Arbeiten niedergelegt ist. Der Bericht enthält Punkte, über die eine Einigung erzielt wurde, und Punkte, die Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Der Sachverständigenausschuß überläßt dem Obersten Rat die endgültige Entscheidung über Oberschlesien.

Rom, 6. August. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Bonomi und der Finanzminister Soleri sind mit einigen Beamten des Ministeriums des Aeußeren, des Finanz-, des Schatzministeriums und des Ministeriums des Inneren nach Paris abgereist.

London, 7. Aug. (Reuter.) Lloyd George und Lord Curzon sind heute morgen mit der britischen Delegation nach Paris abgereist.

Paris, 8. Aug. Lloyd George, Curzon, die ganze britische Delegation und der Londoner japanische Botschafter trafen hier ein. Die Sitzung des Obersten Rates beginnt mit Rücksicht auf Bonomi erst heute vormittag 11½ Uhr.

Paris, 8. Aug. Der Präsident der Republik hat gestern in Rambouillet Charles Laurent, den französischen Botschafter in Berlin, empfangen.

Paris, 8. August. (Havas.) Lloyd George hatte gestern abend den Ministerpräsidenten Briand zum Essen nach dem Hotel Crillon eingeladen. Das Essen trug durchaus intimen Charakter. Nur Sir Robert Horne und zwei Sekretäre von Lloyd George waren zugegen. Nach dem Essen unterhielten sich die beiden Ministerpräsidenten ziemlich lange unter vier Augen. Heute vormittag wird keine Sitzung des Obersten Rates stattfinden. In Anbetracht der späten Ankunft des italienischen Ministerpräsidenten Bonomi wird die Sitzung, die im Ministerium des Aeußern stattfinden wird, erst um 3 Uhr nachmittags beginnen. Während des Vormittags wird sich Lloyd George mit den englischen Sachverständigen besprechen, die an den Arbeiten des mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage beauftragten Ausschusses beteiligt waren.

Die Pariser Sonntagsblätter über die Konferenz.

Paris, 7. August. (TU.) Die heutigen Blätter beschäftigen sich ausführlich mit dem Obersten Rat, dessen erste Sitzung morgen vormittag um 11 Uhr stattfinden wird. Der Persönlichkeit Lloyd Georges, der heute nachmittag in Paris eintrifft, sind zahlreiche Artikel gewidmet. „Petit Parisien" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Lloyd George der Entente und Frankreich treu bleiben werde und erklärt, daß der Versailler Vertrag das Werk Lloyd Georges sei. Er dürfe jetzt nicht daran denken, sein eigenes Werk zu zerstören. Auf der Tagesordnung des Obersten Rates werde wahrscheinlich auch die Frage der Kontrolle der deutschen Flugzeugkonstruktionen stehen. „Echo de Paris" erklärt, daß Frankreich unbedingt eine wirksame Kontrolle über die deutsche Flugzeugkonstruktion verlangen müsse.

Dankend abgelehnt. Auf Weisung der britischen Regierung hat die britische Botschaft Korfantz, der nach London zu gehen wünscht, um dort für die polnische Sache zu wirken, daß Visum verweigert.

Wer ist Joschke? Die französische Regierung hatte verbreiten lassen, der Mörder des französischen Majors Montalegre sei ein Deutscher. Nach den von deutscher Seite angestellten Untersuchungen handelt es sich bei dem Joschke aus Kreuzburg um ein polnisches Individuum, das längere Zeit in polnischen Diensten gestanden und sich vor seiner Verhaftung in Kreuzburg sehr auffällig benommen habe.

Sinnfeiner freigelassen. Die britische Regierung hat in Gemäßheit des von dem Premierminister Lloyd George öffentlich geleisteten feierlichen Versprechens, daß die britische Regierung in jeder möglichen Weise die im Gange befindlichen Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedenszustandes in Irland fördern werde, nunmehr beschlossen, unverzüglich und bedingungslos alle Mitglieder des Sinnfeinerparlaments freizulassen, die gegenwärtig interniert sind oder in Gefängnissen sich befinden.

Die drei gerechten Kammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

(. Fortsetzung.)

Alle drei wetteiferten miteinander in der Ergebenheit, Bescheidenheit und Verständigkeit und in der anmutigen Kunst, sich von der gestrengen Jungfrau im Zaume halten zu lassen und sie ohne Eigennutz zu bewundern, und wenn die ganze Gesellschaft beieinander war, glich sie einem seltsamen Konventikel, in welchem die sonderbarsten Reden geführt wurden.. Trotz aller Frömmigkeit und Demut geschah es doch alle Augenblicke, daß einer oder der andere, vom Lobpreisen der gemeinsamen Herrin plötzlich abspringend, sich selbst zu loben und herauszustreichen versuchte und sich, sanft von ihr zurechtgewiesen, beschämt unterbrochen sah oder anhören mußte, wie sie ihm die Tugenden der übrigen entgegenhielt, die er eiligst anerkannte und bestätigte.

Aber dies war ein strenges Leben für die armen Kammacher; so kühl sie von Gemüt waren, gab es doch, seit einmal ein Weib im Spiele, ganz ungewohnte Erregungen der Eifersucht, der Besorgnis, der Furcht und der Hoffnung; sie rieben sich in Arbeit und Sparsamkeit beinahe auf und magerten sichtlich ab; sie wurden schwermütig, und während sie vor den Leuten und besonders bei Zits sich der friedlichsten Beredsamkeit befliffen, sprachen sie, wenn sie zusammen bei der Arbeit oder in ihrer Schlafkammer saßen, kaum ein Wort miteinander und legten sich seufzend in ihr gemeinschaftliches Bett, noch immer so still und verträglich wie drei Bleistifte.

Ein und derselbe Traum schwebte über dem Kleeblatt, bis er einst so lebendig wurde, daß Jobst an der Wand sich herumwarf und den Dietrich anstieß; Dietrich fuhr zurück und stieß den Fridolin, und nun brach in den schlummertrunkenen Gesellen ein wilder Groll aus und in dem Bette der schreckbarste Kampf, indem sie während drei Minuten sich so heftig mit den Füßen stießen, traten und ausschlugen, daß alle sechs Beine sich ineinander verwickelten und der ganze Knäuel unter furchtbarem Geschrei aus dem Bette purzelte. Sie glaubten völlig erwachend, der Teufel wolle sie holen, oder es seien Räuber in die Kammer gebrochen; sie sprangen schreiend auf, Jobst stellte sich auf seinen Stein, Fridolin eiligst auf seinen und Dietrich auf denjenigen, unter welchem sich bereits auch seine kleine Ersparnis angesetzt hatte, und indem sie so in einem Dreieck standen, zitterten und mit den Armen vor sich hin in die Luft schlugen, schrien sie Zeter Mordio und riefen: „Geh fort! Geh fort!" bis der erschreckte Meister in die Kammer drang und die tollen Gesellen beruhigte. Zitternd vor Furcht, Groll und Scham zugleich krochen sie endlich wieder ins Bett und lagen lautlos nebeneinander bis zum Morgen.

Aber der nächtliche Spuk war nur ein Vorspiel gewesen eines größeren Schreckens, der sie jetzt erwartete, als der Meister ihnen beim Frühstück eröffnete, daß er nicht mehr drei Arbeiter brauchen könne und daher zwei von ihnen wandern müßten. Sie hatten nämlich das Guten zuviel getan und so viel Ware zuweg gebracht, daß ein Teil davon liegen blieb, indes der Meister den vermehrten Erwerb dazu verwendet hatte, das Geschäft, als es auf dem Gipfelpunkt stand, um so rascher rückwärts zu bringen, und ein solch lustiges Leben führte, daß er bald doppelt so viel Schulden hatte, als er einnahm. Daher waren die Gesellen, so fleißig und enthaltsam sie auch waren, plötzlich eine überflüssige Last. Er sagte ihnen zum Trost, daß sie ihm alle drei gleich lieb und wert wären und es ihnen überließe, unter sich auszumachen, welcher dableiben und welche wandern sollten. Aber sie machten nichts aus, sondern standen da, bleich wie der Tod und lächelten einander an; sie gerieten dann in eine furchtbare Aufregung, da dies die verhängnisvollste Stunde war; denn die Ankündigung des Meisters war ein sicheres Zeichen, daß er es nicht lange mehr treiben und das Kammfabrikchen endlich wieder käuflich würde. Also war das Ziel, nach dem sie alle gestrebt, nahe und glänzte wie ein himmlisches Jerusalem und zwei sollten vor den Toren desselben umkehren und ihm den Rücken wenden.

Ohne alle fürdere Rücksicht erklärte jeder, dableiben zu wollen, und wenn er ganz umsonst arbeiten müsse. Der Meister konnte aber auch dies nicht gebrauchen und versicherte sie, daß zwei von ihnen jedenfalls gehen müßten, sie fielen ihm zu Füßen, sie rangen die Hände, sie beschworen ihn, und jeder bat insbesondere für sich, daß er ihn behalten möchte, nur noch zwei Monate, nur noch vier Wochen. Allein er wußte wohl, worauf sie spekulierten, ärgerte sich darüber und machte sich über sie lustig, indem er plötzlich einen spaßhaften Ausweg vorschlug, wie sie die Sache entscheiden sollten.

„Wenn ihr euch durchaus nicht einigen könnt," sagte er, „welche von euch den Abschied wollen, so will ich euch die Weise angeben, wie ihr die Sache entscheidet, und so soll es dann sein und bleiben! Morgen ist Sonntag, da zahle ich euch aus, ihr packt euer Felleisen, ergreift euren Stab und wandert alle drei einträglich zum Tor hinaus, eine gute halbe Stunde weit, auf welche Seite ihr wollt. Alsdann ruhet ihr euch aus und könnt auch einen Schoppen trinken, wenn ihr mögt, und habt ihr das getan, so wandert ihr wieder in die Stadt herein, welcher von euch dann der erste sein wird, der mich von neuem um Arbeit anspricht, den werde ich behalten; die anderen aber werden unausbleiblich gehen, wo es ihnen beliebt!"

Sie fielen ihm abermals zu Füßen und baten ihn, von diesem grausamen Vorhaben abzustehen, aber umsonst; er blieb fest und unerbittlich. Unversehens sprang der Schwabe auf und rannte wie besessen zum Hause hinaus und zu Zits Bünzlin hinüber; kaum gewahrten dies Jobst und der Bayer, so unterbrachen sie ihr Lamentieren und rannten ihm nach, und die verzweifelte Szene war alsobald in die Wohnung der erschrockenen Jungfrau verlegt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0002

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der günstige französische Außenhandel. — Die Löhne im Ausland. — Die schlechte Ernte. — Die Vermögensabgabe in Ungarn.

Während die deutsche Wirtschaft noch stark unter einem verminderten Absatz zu leiden hat und unsere Handelsbilanz das unbefriedigende Bild einer zu starken Einfuhr zeigt, ergibt das Außenhandelsbild in Frankreich das sehr günstige Ergebnis einer stark verminderten Einfuhr und der Ueberragung der Ausfuhr für das diesjährige erste Halbjahr im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert bei der Einfuhr ist der starke Rückgang der Lebensmittelzufuhr. Während noch im Vorjahre 3,3 Millionen Tonnen Lebensmittel eingeführt wurden, sind es in diesem Jahre nur 1,6 Millionen. Nicht minder sank die Einfuhr von Fertigfabrikaten, von 1,2 Millionen Tonnen auf 0,8 Millionen Tonnen. In der Ausfuhr zeigen die Lebensmittel eine Zunahme im gleichen Zeitraum von 0,4 Millionen Tonnen auf 0,6 Millionen Tonnen, die Rohstoffe von 4,2 Millionen Tonnen auf 5,6 Millionen Tonnen, die Industrieprodukte von 0,8 Millionen auf 1,0 Millionen. Nach dem Wert gemessen ergibt sich im ersten Halbjahr 1921 eine Einfuhr von 10,4 Milliarden, der eine Ausfuhr von 10,7 Milliarden gegenübersteht. Mit diesem Abschluß erreicht Frankreich eine unter den gegebenen Verhältnissen sehr günstige Position und eröffnet die Aussicht, daß unter dieser wirtschaftlichen Erstarkung auch der ungünstige Stand der Valuta überwunden wird.

Von der deutschen Industrie ist vor einiger Zeit, als wir noch einen etwas besseren Markkurs hatten, vielfach behauptet worden, daß ihre Konkurrenzfähigkeit sehr stark bedrängt wird und die Aussichten für den Außenhandel immer ungünstiger werden.

Wie immer in solchen Fällen spielte das Verlangen eine Rolle, durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne die Konkurrenzfähigkeit zu heben. Abgesehen davon, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenwärtig mehr unter zollpolitischen Maßnahmen des Auslandes zu leiden hat als unter Valutasorgen und hohen Löhnen, ist es immerhin wertvoll, einiges über die Löhne des Auslandes zu erfahren. Im amerikanischen Repräsentantenhaus ist das Ergebnis einer Untersuchung über die Löhne in der Textilindustrie aus einigen Hauptländern dieses Gewerbes unterbreitet worden. Die Zusammenstellung ergibt den nachfolgenden Vergleich:

Die Wochenlöhne betrugen in Dollar in der

	Baumwollenweberei	Wollspinnerei	Wollweberei
Nordamerika	20,86	39,33	38,98
England	12,39	15,68	17,70
Belgien	12,29	9,54	9,63
Frankreich	9,12	12,0	—,—
Italien	5,14	—,—	—,—
Japan	4,56	—,—	6,0
Deutschland	4,35	4,74	4,35

Die Löhne lassen einen weiten Abstand Deutschlands gegenüber Amerika und auch England, ja selbst Belgien erkennen. Bei diesen großen Differenzen ist aber ferner zu beachten, daß der Preis für Lebensmittel in Amerika nahezu wiederum auf den Vorkriegsstand angelangt ist, während bei uns noch eine 15—16 fache Preiserhöhung besteht. Daß es unter solchen Umständen ausgeschlossen sein muß, die deutschen Löhne zu erniedrigen, bedarf keiner näheren Begründung, im Gegenteil, wir stehen vor einer sehr starken Bewegung zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Nicht nur die Steuerpolitik, die uns die Preise in die Höhe schrauben wird, auch die Gesamtlage unserer Lebensmittelversorgung läßt leider in den kommenden Monaten eine starke Preissteigerung befürchten. Wir hören bereits die Klagen der Landwirte über eine schlechte Ernte. Eine schlechte Ernte bedeutet für Deutschland vermehrte Einfuhr, und bei der fortgesetzt zunehmenden Entwertung der Mark erhöhte Preise für alle aus dem Ausland hereingeholten Produkte. Unsere Brotgetreidewirtschaft wird eine sehr harte Prüfung auszuhalten haben, die aller Voraussicht nach einen für die Bevölkerung sehr üblen Verlauf nehmen wird. Wir hören fortgesetzt die Anforderungen, daß die Zwangsablieferung, die nur für einen geringen Teil des Getreides gefordert wird, weiter gemindert werden möge. Die ungünstige Ernte ist hierfür mehr Vorwand, dahinter steckt das Verlangen, einen möglichst großen Teilbetrag des Brotgetreides unter die enorm hohe Preissteigerung für Auslandsgetreide zu bringen. Die Anforderung der Regierung für die Zwangsablieferung geht im wesentlichen darauf hinaus, kaum ein Drittel einer sehr mäßigen Ernte für die Zwangsablieferung zu beanspruchen. Sie läßt die kleineren Besitzer überhaupt von der Abgabe frei. Der angeforderte Ertrag ist sicherlich auch in den ungünstigsten Bezirken bei einigen gutem Willen einzubringen. Aber es steht so, daß für Auslandsgetreide gegenwärtig ein Preis von ungefähr 5000 Mk. die Tonne in Betracht kommt, während die Regierung für das zwangsweise abzuliefernde Getreide 2300 Mk. bezahlt. Das ist zwar ein Preis, der 600—800 Mk. über dem Vorjahrspreis steht, aber die Differenz, die sich nunmehr nach dem 15. August für das frei in den Handel kommende Getreide ergibt, ist so enorm groß, daß mit einem entschiedenen Widerstand der Landwirtschaft zu rechnen ist, Getreide zu dem angesetzten mäßigeren Preis abzuliefern.

Allerdings hat die Regierung in ihrer Verordnung gewisse Machtmittel, um die Erfüllung der Ablieferung zu erzwingen, aber ob Herr Hermes, der bisher alle Wünsche der Landwirtschaft in weitgehendem Maße erfüllt hat, sich dazu entschließen kann, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegen die widerstrebende Landwirtschaft vorzugehen, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. Wir werden also am freien Markt einen Preis von 5000 Mk., ähnlich wie ihn das Auslandsgetreide erreicht, zu verzeichnen haben, und bei diesem Preis werden wir eine so plötzliche Aufwärtsbewegung der Brotpreise, soweit es im freien Verkehr kommt, zu verzeichnen haben, daß sehr viele, die für die freie Wirtschaft schwärmen, eine große Enttäuschung erleben werden.

In Ungarn ist das Problem der Vermögensabgabe des landwirtschaftlichen Besitzes aufgeworfen. Die Regierung versucht mit aller Entschiedenheit, dieses Gesetz zur Durchführung zu bringen. Das Ziel des Finanzministers Hegedüs ist, die Vermögensabgabe der Landwirtschaft mit der Bodenreform zu verbinden, und zwar in der Weise, die dem Großgrundbesitz entnommenen Aecker den Kleinbesitzern gegen entsprechende Verpflichtung in der Belieferung landwirtschaftlicher Produkte, vor allem Weizen, zu übergeben. Es ist der Ausgleich so gedacht, daß der Großgrundbesitz seine Abgabe aus seinen Aeckern und Weiden tätigt, und der Kleinbesitz, dem Aecker überwiesen werden, sich durch eine Weizenlieferung an den Staat zur Verzinsung des ihm überwiesenen Besitzes verpflichtet. Befreit sollen nur die kleinsten Landwirte werden, niemand sonst soll von der Steuer verschont bleiben. Daneben sollen die Pächter eine größere Abgabe in Geld nach dem Wert ihres Inventars, insbesondere der Größe des Viehstandes, abführen. Es ergibt sich hieraus, daß ziemlich hart gerade in diesem stark agrarisch durchsetzten Staat in den ländlichen Besitz eingegriffen wird. Während bei uns umgekehrt immer wieder eine starke einseitige Begünstigung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes geübt wird. Denn niemand hat von den jetzt eintretenden Preissteigerungen für Brotgetreide relativ so gewaltigen Nutzen, wie der Großgrundbesitz.

Die russische Tragödie.

Terioki, 6. August. (OE.) Die Sowjetregierung erläßt eine Bekanntmachung, wonach alle Mediziner und Sanitäre zum Kampf gegen die Cholera mobilisiert werden. Die Mehrzahl von ihnen wird in die Hungergegenden kommandiert. — Die Sowjetpresse wirft die Frage einer Zwangsentsendung der Intelligenz zum Kampf mit dem Hunger und den Seuchen auf, da jene sich nicht freiwillig dazu bereit fänden. Die Zahl der bis zum 23. Juli in Sowjetrußland registrierten Cholerafälle beträgt, der Sowjetpresse zufolge, 34 919. Während der letzten 2 Wochen ist die Zahl der Erkrankungen infolge der kühleren Witterung zurückgegangen, aber unter den Hungernden in Samara allein kommen täglich 400 Fälle vor, täglich werden den Behörden 60—70 obdachlose Kinder zugeführt, deren Eltern gestorben oder verschollen sind, und es fehlen Lebensmittel für sie. — Nach den Berichten der Hilfskommission des Zentralexekutivkomitees nährt sich die Bevölkerung im Gouvernement Samara von Surrogaten, die Erkrankungen an Skorbut nach sich ziehen. — In Petersburg hat die sibirische Beulenpost mehrere Opfer gefordert.

Die Petersburger „Prawda“ meldet, daß die weitere Annahme von Passagieren auf der Omsker und den Ost-Eisenbahnen eingestellt werden mußte, da angesichts der Ueberfüllung die Eisenbahnwagen stark beschädigt worden sind. — Pressevertretern gegenüber hat Kamenew erklärt, daß bereits 50 000 Flüchtlinge aus den Hungergebieten nach Sibirien abtransportiert seien.

Die Hilfskommission hat der deutschen Wolga-Kommission das Recht verliehen, auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik Brot- und Saatgetreide einzukaufen.

Hilfe für Rußland und ADGB.

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das von Hungersnot und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu veranstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden russischen Arbeitsbrüdern und wir weisen auch den Gedanken weit von uns, etwa diese Unschuldige verantwortlich zu machen und sie büßen zu lassen für die Sünden der jetzigen Gewalthaber in Sowjetrußland, die ihre reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortdauernd nach Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen Arbeiterschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.

Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Arbeitern Rußlands bekunden, wie können wir ihnen in ihrer schweren Not helfen?

Gewiß ist das Elend in Rußland größer als die Not, von der die Arbeiterschaft in unserem eigenen Lande seit Jahren heimgesucht wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter Deutschlands angesichts der Lage, in der sie sich gerade jetzt befinden, selbst beim besten Willen imstande sein werden, durch Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Rußland irgend etwas auszurichten wäre.

Brotgetreide und Geldmittel gegen die Hungersnot müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können unmöglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die Cholera und andere Seuchen, die in Rußland wüten. Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soviel es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB. durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Graßmann vertreten ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung bereits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.

Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber unterrichten.

Berlin, den 3. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(gez.) Th. Leipart.

Danzig nach dem Krach.

Danzig, 7. August. (TU.) In der heutigen Sitzung des Danziger Volkstages kam es zu einer bewegten Debatte über die Vorgänge am Donnerstag, wo, wie gemeldet, auf Anordnung des Senators des Innern Schümmer zwei kommunistische Abgeordnete durch bewaffnete Sicherheitsleute verhaftet und abgeführt wurden. Infolge der Vorgänge ist der Präsident des Volkstages Dr. Mathäi, der die Belegung des Parlamentsgebäudes mit einer Sicherheitswehr-Patrouille von der Regierung erbeten hatte, zurückgetreten. Gegen den Senator des Innerni, der die Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten im Sitzunegssaal angeordnet hat, ist auf Antrag der sozialdemokratischen Partei ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet worden. Die von den Sozialisten verlangte Haftentlassung der beiden kommunistischen Abgeordneten ist vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden, da gegen die Verhafteten ein Verfahren nach § 105 des Strafgesetzbuches eingeleitet ist, der Zuchthaus nicht unter fünf Jahren gegen diejenigen vorsieht, die den Volkstag zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zwingen. Auch liege Fluchtverdacht vor. Senator Präsident Sahm betonte in einer längeren Erklärung, der Senat habe nur so gehandelt, wie es im höheren Staatsinteresse notwendig gewesen sei. Die Regierung stehe einmütig und geschlossen hinter dem Senator Schümmer, mit dem sie stehe und falle. Die Sozialisten brachten daraufhin einen Antrag auf Auflösung des Volkstages und Festsetzung von Neuwahlen auf den 30. Oktober ein. Ueber den Antrag wird demnächst verhandelt werden.

Der unabhängige Preisringkämpfer.

Unter dem Motto: „Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf“ scheint jetzt die unabhängige „Volkszeitung“ herausgegeben zu werden. Die Veranlassung dazu ist die Diskussion des Programmentwurfs in den Reihen unserer Parteigenossen. Am Sonnabend erwartet sie sogar auf ihrer zweiten Seite einen Abmarsch der S. P. D.-Mitglieder zur U. S. P. Wie sie zu dieser Hoffnungsseligkeit kommt, verratet sie allerdings nicht; denn auf der ersten Seite hatte sie noch nicht an ein Damaskus der S. P. D. in Görlitz geglaubt. Vielleicht hatte sie dort noch nicht die Existenz des Leipziger Aktionsprogramms der U. S. P. vergessen, wie es auf der zweiten Seite untrügbar der Fall ist. Denn aus diesem Wechselbalg ein gebrauchsfähiges Instrument zu schaffen, wird ihr wesentlich schwerer fallen als unserer Partei aus dem vorliegenden Entwurf. Warum wagt man denn dort drüben überhaupt nicht mehr von diesem Leipziger Aktionsprogramm zu reden? Meint man, daß es mehr Anziehungskraft auf die angeblich nach der U. S. P. zuneigenden S. P. D.-Mitglieder ausübt, wenn man darüber schweigt?

Aber das sind ja alles nur schöne, doch vergebliche Hoffnungen. Darum marschiert nach dem Programmartikel das alte verstaubte und verrostete Rüstzeug aus der unabhängigen Rumpelkammer auf. Zunächst die Kriegsbegeisterung der „Rechtssozialisten“. In den unverschämtesten Ausdrücken polemisiert sie gegen den „Vorwärts“, der anläßlich der Wiederkehr des 4. August nicht den Versuch gemacht hat, die Bewilligung der Kriegskredite zu verleugnen, im Gegensatz zu den unaufrichtigen Unabhängigen. Die unabhängige „Volkszeitung“ schämt sich nicht, mit ähnlichen Redewendungen gegen die S. P. D. zu operieren, wie es der „Rote Kurier“ am Donnerstag gegen das unabhängige Blatt machte. Auf der dritten Seite wehrt sich nämlich die „Volkszeitung“ am Sonnabend in $1\frac{1}{2}$ Spaltenlänge gegen die Beschuldigung der Kriegsbegeisterung der „Volksblattredakteure“ im Jahre 1914, die vom Roten Kurier“ mit Zitaten aus dem „Volksblatt“ von diesem Jahre belegt worden war. Nachdem also von den Kommunisten nicht ohne Geschick diese Tatsache festgenagelt worden ist, weiß man auf der Redaktion der „Volkszeitung“ nichts anderes zu tun, als diese gleichen Vorwürfe gegen die andere Richtung zu wiederholen.

Nachdem die Wiese der Kriegsbegeisterung abgegrast ist, kommt das andere Glanzstück aus dem unabhängigen Waffenarsenal. Der Name Noske muß herhalten. Diesmal ist es ein sächsischer Noske. Allerdings kein Wehrminister, sondern der sächsische Justizminister Harnisch. Er wird mit diesem Namen bedacht, weil bei seinem Ausscheiden aus dem Amt er eine Abschiedsrede an die Beamten gehalten hat, die allerdings unseres Erachtens unglücklicher Natur war, denn sie gab den Deutschnationalen Anlaß, ihre Dolchstoßlegende wieder aufzuwärmen. Wie man das aber mit dem Namen Noske in Verbindung bringen kann, versteht nur ein von Logik unabhängiger Kopf.

Nachdem der sächsische Noske aus der Taufe gehoben worden ist, kommen die Schandtaten eines rechtssozialistischen Polizeigewaltigen dran. Außerdem verlegt man sich noch auf andere Weise aufs Verleumden. Weil in unserer Mitgliederversammlung der Gen. Thiele die Ansicht äußerte, wir würden uns aus Anlaß unserer demokratischen Grundsätze der Mitarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht entziehen können, konstruiert daraus die „Volkszeitung“ eine Verbrüderung mit Stinnes, daß man außerdem noch von der „rechts schielenden“ Halleschen Volksstimme im Gegensatz von einer nach links schielenden Chemnitzer spricht, ist auch eines der Agitationsmätzchen, mit denen man die Mitglieder der U. S. P. mit Mühe und Not zusammenhält.

So kann man jeden Tag aus dem unabhängigen Katechismus, genannt „Volkszeitung“, die üblichen Beschwörungen gegen die S. P. D. herauslesen. Doch widert es uns an, mit diesem Hokuspokus uns öfter abzugeben. Auf die Dauer wird denen da drüben das auch nicht helfen. Die Peitsche der Kommunisten haben sie zu sehr im Nacken, und da sie diese bis in die letzten Nervenfasern ihres zermürbten Parteikörpers spüren, so springen sie immer wie ein wildgewordenes Tier den ersten besten Gegenstand an. Am bequemsten macht sich das bei der S. P. D. Sie ist ja so anständig, Verständnis für die arme Seele zu entwickeln.

Arbeitsgemeinschaft zwischen S. P. D. und U. S. P. D. in Elberfeld-Barmen.

In einer Zusammenkunft haben die Organisationsvertreter der S. P. D. und U. S. P. D. für Barmen und Elberfeld einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag geschlossen. Es heißt darin: Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist, durch Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte, deren Stoß- und Abwehrkraft zu erhöhen. Der Vertrag tritt am 15. Sept in Kraft.

Gewerkschaftliches.

Der Landarbeiterstreik in Mecklenburg.

Der Landbund für Mecklenburg-Schwerin hat dem zuständigen Staatsministerium telegraphisch Mitteilung davon gemacht, daß am Freitag, auf 30 Gütern die Arbeiter in den Streik getreten sind und daß er alle Verantwortung ablehnt, wenn die Regierung nicht schleunigst eingreift.

Wer die Verantwortung für diesen Streik trägt, möge das Nachstehende zeigen:

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes unterbreitete dem Verband der Arbeitgeber folgende Forderung:

1. Eine Zulage für die verheirateten Freiarbeiter von 0,50 M., sodaß der Stundenlohn 3,15 M. beträgt.
2. Eine Zulage für die ledigen Freiarbeiter von 0,65 M., so daß fortan der Stundenlohn 2,80 M. beträgt.
3. Eine Zulage für die ortsansässigen Arbeiter und Handwerker von 0,30 M., so daß fortan der Stundenlohn 1,40 M. beträgt.

Frau A. St. in R. empfiehlt als bewährtes Mittel gegen
Sommersprossen
Obermeyer's Med.-Herba-Seife
aufs Wärmste. Zur Nachbehandlg. ist Herba-Creme besonders zu empfehl. Zu hab. i. a. Apoth.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0003

4. Eine **Jahreszulage** für die Knechte, Mädchen und Jugendlichen in den sechs Altersklassen: 300, 275, 250, 225, 200 und 200 M., zahlbar für die, die ab 1. November 1920 in Tätigkeit waren, zum 1. November d. J., jedoch die Hälfte zum 1. August, falls der Diensteintritt nach dem 1. November 1920 erfolgt ist, einen dementsprechenden Teilbetrag, zahlbar zum 1. August.

5. Eine Lohnzulage von 0,45 M. für die Frauen, so daß fortan der **Stundenlohn 2 M.** beträgt. Außerdem eine Zulage für Melkerinnen, so daß die Zeit für das Melken den Stundenlohn angepaßt wird.

6. Eine Lohnaufbesserung für Schnitter und Schnitterinnen von 50 Pf. pro Arbeitsstunde.

7. **Aufhebung der Kündigungen** und Weiterbeschäftigung, sofern der Gekündigte es wünscht.

Ferner wurde im Hinblick auf die große Wohnungsnot für dringlich wünschenswert erklärt eine **Neuregelung der Wohnfrage** für die einheimischen Arbeiter.

Bei den Verhandlungen am Donnerstag wurde die Forderung unter Punkt 1 bewilligt. Bei den Punkten 2 und 4 wurden nur 50 Pf. **Zulage** bewilligt. Ueber die Forderung 3 konnte eine Einigung **nicht** erzielt werden. Auch für die anderen Forderungen zeigten die Unternehmer kein Verständnis, und die Verhandlungen mußten **abgebrochen** werden.

Der noch nicht ausgebrochene Streik gab den Deutschnationalen bereits Veranlassung, eine kleine Anfrage einzubringen, in der von Kolonnen die Rede ist, die „im Lande umherziehen, um die arbeitswilligen Elemente zum Streik zu bringen". Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit ist, „unter Aufbietung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel die **Arbeitswilligen zu schützen** und gegen die unter terroristischer Bedrohung die Arbeiter zum Streik zwingenden Elemente unter **Einsatz von Schutzpolizei und Gendarmerie** mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorzugehen?"

Wir hoffen, daß die mecklenburgische Regierung nicht ohne weiteres diesen Gelüsten der Junker Rechnung trägt, sondern den Verlauf der Bewegung abwartet. Sie wird zeigen, daß die mecklenburgische Landarbeiterschaft trotz ihrer kurzen gewerkschaftlichen Schulung **Besonnenheit** zu wahren weiß. Sie wird sich nicht provozieren lassen, sondern in Einigkeit, Disziplin und Solidarität den Kampf um grundsätzliche und ideelle Forderungen zum Siege führen.

Abbruch des Landarbeiterstreiks im Leipziger Gebiet. Der Landarbeiterstreik im Leipziger Bezirk ist am Freitag nach reichlich achttägiger Dauer beigelegt worden. Nachdem bereits am Donnerstag Verhandlungen gepflogen worden waren, trat am Freitagmorgen im Volkshaus eine Versammlung der Streikenden zusammen, in der über die evtl. Fortsetzung des Ausstandes oder die Wiederaufnahme der Arbeit abgestimmt wurde. Bei der Abstimmung entschieden sich von 365 anwesenden Stimmberechtigten 284 für die Aufnahme der Arbeit und nur 63 dagegen. Als Einigungsgrundlage erkannte man folgende vier Punkte an: 1 Die Arbeitgeber verpflichten sich, keine Maßregelungen vorzunehmen. 2. Volle Gewährung der im Tarifvertrag festgesetzten Deputate. 3. Volle Anerkennung der Betriebsräte. 4. Bei dem Einsetzen einer erhöhten Teuerungswelle verpflichten sich die Arbeitgeber, in eine Revision des Tarifvertrags einzutreten.

Metallarbeiteraussperrung in Braunschweig In Braunschweig haben die Metallindustriellen für den heutigen Montag eine Gesamtaussperrung angedroht, weil die streikenden Arbeiter einzelner Betriebe die gemachten Einigungsvorschläge abgelehnt hatten. Von der Aussperrung werden nach den Angaben der bürgerlichen Presse 15 000 bis 20 000 Metallarbeiter betroffen.

Sozialismus — Gemeinwirtschaft — das ist der Kern ihres Wirkens.
Willst du ihr dienen, dann hilf an ihrem Ausbau,
sie wird es dir und deinem Volke reichlich lohnen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Karl Garbe**, für den Anzeigenteil **Wilhelm Herzig**. beide in Halle.

Walhalla
Lichtspiel-Theater

Täglich:
Goliath Armstrong
Der Herkules der schwarzen Berge.
Gross-amerikan. Sensationsfilm in 6 Abteilung.
I. Teil:
Das unheimliche Phantom.
5 spannende Akte.

Ferner:
„Giftblumen".
Gewaltiges Sittenbild in 5 Akten mit
Lucie Doraine
in der Hauptrolle.
Beginn 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Gesangverein „LOHENGRIN"
veranstaltet am **Dienstag, den 9. d. Mts. 7 Uhr abends** im
Soolbad „Fürstental"
Robert Franzstraße 10
einen **Lieder-Abend**
und ladet Freunde und Gönner dazu herzl. ein.
Der Vorstand.

Saalschloss-Brauerei
Dienstag, den 9. August, 8 Uhr abends
Konzert
Gegen 1/2 10 Uhr
Brillant-Feuerwerk
ausgeführt von Gebr. Pfeiffer, Cröllwitz.
Eintritt 3.— Mk. / Kinder 1.50 Mk. } einschl. Steuer. **F. Winkler.**

C.T Große Ulrichstr. 51 Telephon 4681.

Nur noch bis Donnerstag!
Verlängerung unmöglich.
Der erfolgreiche **Maciste** 2 Teile
Der Mann des Schreckens!
10 Akte. Fabelhafte Sensationen. Riesiger Lacherfolg!
I. Teil:
Im Kampf gegen List u. Verbrechen!
II. Teil:
Im Angesicht des Todes.
Beginn täglich: 4.00 6.15 8.30.

Ab Freitag, den 12. August,
Aus Rache zum Mädchenhändler.
Beachten Sie die kommenden Inserate.
Licht-C.-T-Spiele
gr. Ulrichstrasse 51.

Vorteilhaftes Angebot für Fabriken und Grossbetriebe!
Wir bieten an:
40000 blaue Arbeiteranzüge
in Leinen, Drell und Damast, sofort lieferbar!
pro Anzug **Mk. 68.**
Zander & Schleiss, Halle a. S., Fleischerstr. 32.
Mitteldeutsche Zentrale für Industriebedarf. Fernruf 2346

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

---

Stellen finden.

2 tüchtige Autogenschweißer
2 tüchtige Blechschmiede
für dauernde Stellung gesucht
H. Paul Beige,
Abt. Rohleitungsbau,
Halle-Diemitz.

Heimarbeit!
Geübte Näherinnen f. Wäsche u. Schürzen finden dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Probearbeit und Wohnungsschein täglich von 3—4 Uhr nachmittags.
L. Otto Schultz, Magdeburgerstr. 7, Eingang Marienstrasse

U.T

Leipzigerstraße Nr. 88

Grossstadt-Mädels
III. Teil
Sittenbild in 6 Akten mit
COLETTE CORDER
Das Los der kleinen Pierrette
Eine Idylle in 4 Akten
Von Schreibtisch u. Werkstatt
Beginn 4 Uhr.
Abendvorstellung Beginn pünktlich 8 Uhr.

Alte Promenade Nr. 11a

Lotte Neumann
in dem Film in 5 Akten
„Das Gelübde"
nach dem Schauspiel von Heinrich Lautensack.
I r Spitzenhöschen
Lustspiel in 3 Akten
Die neuest. Wochenberichte
Beginn 4 Uhr.

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Hauptbüro daselbst, Harz 42/44. Fernruf 6900.
Für die Agitation: Zimmer 12
Reinh. Drescher, Heinz Flücht, Sekretäre.
Kasse: Zimmer 38. **Herm. Kunzemann** Kassierer.
Postscheckkonto 87 575 Leipzig.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Ammendorf. **Montag,** den 8. August, abends 8 Uhr, in der „Warte", Hallesche Straße. **Monatsversammlung.** Tagesordnung: 1. Lichtbildervortrag des Genossen Müller-Halle über die Reichsverfassung. 2. Wahl der Parteitagvertreter nach Görlitz. 3. Eingänge und Verschiedenes. Das Erscheinen aller Genossen ganz besonders, auch der Frauen, erwartet infolge der Wichtigkeit dieser Versammlung
Der Vorstand.

Zschornewitz. **Dienstag,** den 9. August, punkt 8 Uhr, im „Gasthof Röncke", **Mitgliederversammlung.** Sämtliche Mitglieder, welche keine Schicht haben, müssen unbedingt erscheinen. Wichtige Besprechung betreffs Parteifest am 21. August.
Der Vorstand.

Merseburg (Ortsverein SPD.) **Donnerstag,** den 11. August, abends 8 Uhr, im „Tivoli", Zimmer 1 **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Reichstagsabgeordneter **R. Krüger.** 2. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag. 3. Wahl der Delegierten zum Bezirksfrauentag. 4. Wahl des Bildungsausschusses. Um recht zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, bittet **Der Vorstand.**

Merseburg (Ortsverein SPD.) **Freitag,** den 12. August, abends 5—9 Uhr, **Wahl der Delegierten zum Parteitag** in folgenden Lokalen: Parteibureau, Lauchstedter Str., Kasino, Leunaer Str., Bergarbeiterbureau, Geffnerstr. Mitgliedsbuch resp. Karte legimitiert. Pflicht aller **Mitglieder ist es, zu wählen.**
Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle von
Matratzen
3teilig mit Leinen und Drellbezügen, pr. Alpengrasfüllung, engl. Bettstellen, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich,
Patentmatratzen,
Chaiselongues
m.pr.Bezügenu.Verarb. Plüsch- u. Stoff-Sofas, Klub-Sofas u. Sessel.
E. Mass,
Charlottenstraße 9.
Fernsprecher 3521.

Schülermützen,
von 24,— M. an, empfiehlt
J. Kaliga, Mützenfabrik,
Gr. Klausstraße 35.

ANZEIGEN
in der
VOLKSSTIMME
bringen dem Geschäftsmann die Erweiterung des Kundenkreises und Erhöhung des Umsatzes.

Otto Katzula's Tuchhdlg.
Krumpa bei Mücheln.
Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderobe. Mod. Formen, gute Arbeit. **Garantiert guter Sitz.**

Dauerhafte
Geldscheintaschen
in pa. Leder und jeder Ausführung!! sehr preiswert,
H. Krasemann
Lederwar.-Spezialgesch.
nur
Schmeerstraße 19.

Die Abtreibung der Leibesfrucht
von Univ.-Professoren A. Grotjahn u. G. Radbruch
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2.50

Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Hohenzollern
Wilhelm II. und sein Haus — Der Kampf um den Kronbesitz.
Von Kurt Heinig.

Das Buch enthält eine Fülle von Material und ist besonders in der Agitation eine schneidende Waffe! Wir empfehlen allen unseren Funktionären sofortige Bestellung zum Subskriptonspreis von Mk. **25.—.**
Nach Erscheinen kostet das Buch Mk. **30.—.**

Buchhandlung der Volksstimme
Halle a. d. S., Grosse Ulrichstr. 27.

Schäferhund entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben **Mühlweg 20 I.**
Vor Ankauf wird gewarnt.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen

---

Dienstag, den 9. August
3. Reklametag!

Diese Sondertage sollen besonders den meinem Unternehmen noch Fernstehenden Veranlassung geben, von den Vorteilen, die ich biete, Gebrauch zu machen. **Der beste Beweis** meiner Billigkeit ist, daß ein Weltunternehmen behauptet, daß ich trotz enormer Umsätze durch die billigen Preise keine Vorteile für mich heraushole.

Zum Verkauf gelangen:

Einsatzhemden	36.–	32.–	30.–	27.50
Normalhemden	42.–	30.–	27.–	25.–
Barchenthemden	42.–	39.–	35.–	30.–
Herren-Socken	9.50	8.–	5.50	4.75
Damen-Hemden	25.–	21.–	19.–	18.–
Untertaillen	14.–	10.50	9.50	7.50
Damenstrümpfe		9.50	7.50	5.50
Knaben-Hemden	28.–	21.–	18.–	16.–
Mädchen-Hemden	27.–	24.–	16.–	12.–

Restposten in:

Damen-Schürzen	30.–	25.–	21.–		
Corsetts	42.–	39.–	36.–	32.–	29.50
Badeanzüge	36.–	32.–	24.–	16.–	

Ein Posten Bettbezüge
weiß u. bunt 125–110–100–90–85–65–60–56 Mk.

Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, I Tr.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Vorstandssitzung der Jungsozialisten. Mittwoch, abends 7 Uhr, alle Vorstandsmitglieder, sowie die Delegierten zur Jungsozialistenkonferenz müssen unbedingt erscheinen.

Der Vorstand.

Jungsozialisten. Mittwoch, abends 8 Uhr, Zusammenkunft. 1. Bericht über Bielefeld. 2. Die jungsozialistische Konferenz. 3. Verschiedenes. — Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Arbeiterjugend Halle. Alle Mitglieder des Vereins treffen sich Dienstag, abends ¾7 Uhr, am Provinzialmuseum zur Teilnahme an der öffentlichen Versammlung des Jugendkartells im Volkspark. Jeder muß pünktlich erscheinen. Die Veranstaltung auf der Peißnitzwiese fällt aus und findet dafür am Donnerstag wie üblich um 7 Uhr auf der Spielwiese statt.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 8. August 1921.

Die Nachprüfung der Sondergerichtsurteile.

WTB. meldet: „Gegen den Erlaß des Reichsjustizministers, der eine Prüfung sämtlicher Zuchthausurteile der Sondergerichte anordnet ,haben die Halleschen Richter in einer Entschließung Stellung genommen. Der Erlaß stelle einen Eingriff in die Rechtspflege dar, der geeignet sei, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, die Wiederherstellung der Staatsautorität zu erschweren und verfassungsfeindliche Elemente zu gewaltsamem Vorgehen zu ermutigen."

*

WTB. wird seine Weisheit aus den hallischen bürgerlichen Zeitungen gezogen haben . Diese brachten am Sonnabend einen Artikel, der sich „Gegen eine verschleierte Amnestie" betitelt und „aus Richterkreisen" stammt. Die Herren Richter erkennen wohl an, daß der Reichsjustizminister zu dieser Nachprüfung berechtigt ist, aber es würde dadurch der Eindruck in weiten Kreisen der Bevölkerung erweckt, „daß die Urteile des Sondergerichts ungerecht und die gegen sie in der Oeffentlichkeit gerichteten scharfen Angriffe berechtigt sind."

Wir wollen hier nur betonen, daß die Ungerechtigkeit vieler Sondergerichtsurteile in weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus feststeht. Wenn die Herren Richter Arbeiterzeitungen lesen würden, so wüßten sie dies auch zur Genüge. Dieses Argument, welches gegen die Nachprüfung der Urteile Sturm laufen soll, ist also völlig verfehlt.

Doch wie steht es nun mit der „Untergrabung der Achtung vor dem Gesetz" und mit der „Erschwerung in der Wiederherstellung der Staatsautorität"?

Es mutet doch ganz eigenartig an, daß jetzt auf einmal diese schönen Dinge in Gefahr sein sollen; bei der Amnestie für die Kappverbrecher, die doch tausende von Menschenleben auf dem Gewissen haben ,las man von keinem Protest gegen die Begnadigung. Wir meinen, daß nichts mehr die Achtung vor dem Gesetz und die Staatsautorität zu untergraben imstande ist, als das berechtigte Mißtrauen gegen unsere Justiz.

Der Reichsjustizminister wird gut tun, wenn er sich durch den Protest der Herren Richter nicht beirren läßt.

Ganz überflüssig ist es, noch besonders hervorzuheben, daß alle bürgerlichen Zeitungen von Halle dem Vorstoß der Richter ihre Sympathie bezeigen. Zur Erheiterung unserer Leser wird es aber beitragen, wenn wir die Meinung des unfreiwilligen Witzblattes von Halle, der „Allgemeinen Zeitung", festhalten. Es heißt da:

„Wir waren bereits vor einigen Tagen in der Lage, den oben gemeinten grandiosen (!) Erlaß des demokratischen Justizministers Schiffer, der eine Privatamnestie für die von den Sondergerichten abgeurteilten Rädelsführer bedeutet, bekanntzugeben (Vgl. den Artikel: „Die Sondergerichte eine Komödie?" in Nr. 232 der „Allgemeinen Zeitung" vom 4. d. Mts.) und unsere Ansicht zu dieser von dem friedliebenden Bürgertum des mitteldeutschen Brandherdes geradezu unverantwortlichen Verordnung zum Ausdruck zu bringen."

Danach hat also nicht der Reichsjustizminister, sondern die friedliebende bürgerliche Bevölkerung des mitteldeutschen Brandherdes die „grandiose" Verordnung auf dem Gewissen. Oder sollte hier ein Attentat auf Logik und Sprache vorliegen?

Sondergericht.

Die Behandlung von gefangenen Schupoleuten.

Vor der Kammer des Amtsgerichtsrats Pfanne erschienen die Angeklagten Julius Böttge und Otto Schwendler aus Eisleben. Böttge hat an der Entwaffnung eines Polizeileutnants und einiger Schupobeamten mitgewirkt, die in den Straßen von Eisleben gefangen genommen worden waren, hat aber nach Zeugenaussagen die gefangenen Polizisten gegen Gewalttätigkeiten anderer Art zu schützen versucht. Wenig sympathisch berührt es allerdings, daß Böttge nicht zu seinen Taten steht, sondern deutschnationale Gesinnung vorzutäuschen versucht. Oder meint er etwa, daß dies bei den Sondergerichten fruchten kann?! Der Angeklagte Schwendler hat auf eine Schupopatrouille geschossen und außerdem bei einer Verteilung an die Aufständischen „requirierte Zigarren und Zigaretten erhalten. Bei ihm sieht der Staatsanwalt den Tatbestand der Hehlerei und des Mordversuchs für erfüllt an und beantragt 3 Jahre 6 Monate Gefängnis. Böttge sieht er als einen tätigen Aufrührer an und will ihn mit der einfach unverständlichen Strafe von 5 Jahren Gefängnis bestraft wissen. Das Gericht verurteilt Böttge zu **2 Jahren Gefängnis**, Schwendler zu **3 Jahren 6 Monaten Gefängnis.**

Die Arbeiter Schlotte aus Diemitz und Kleinert aus Merseburg haben sich in Leuna einer Kompagnie zuteilen lassen, sich aber sonst vollkommen passiv verhalten. Beide werden zu **6 Monaten Gefängnis** verurteilt.

Der Bergmann Dittmann aus Alsdorf soll als Mitglied des dortigen Aktionsausschusses tätig gewesen sein. Als die Schupo heranrückte, versuchte er die vorhandenen Waffen der Aufständischen zu verstecken. Er wird zu **1 Jahr 3 Monaten Gefängnis** und **300 Mark Geldstrafe** verurteilt.

Der 18jährige Angeklagte Martin aus Halle begab sich am Karfreitag nach dem Sandanger, von wo er mit anderen in der Richtung Mansfeld abzog. Er stellte sich dem Sanitätsdienst der Roten Armee zur Verfügung. Auf der Wimmelburger Domäne war er bei der Einrichtung eines Lazarettes tätig. Martin wird **freigesprochen.**

Nach der Aufforderung des Aktionsausschußvorsitzenden Straube stand der kommunistische Stadtverordnete Otto Schalk aus Querfurt am ersten Osterfeiertage vor dem Hause des Aktionsausschusses Posten. Hierbei war er mit einem Gewehr bewaffnet, will aber keine Patronen besessen haben. Der Antrag des Staatsanwaltes lautet auf 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilt Schalk zu **5 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.**

Die beiden Leunaarbeiter Karl Trümper aus Halle und Paul Rohde aus Löbejün kamen am Karfreitag nach den Leunawerken und wurden der 1. Kompagnie zugeteilt. Sie blieben jedoch unbewaffnet. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 9 Monate Gefängnis. Trümper und Rohde wurden zu je **6 Monaten Gefängnis** verurteilt.

Die charakterloseste Zeitung Mitteldeutschlands

ist unbestritten die „Allgemeine Zeitung" in Halle. Ihre geistigen Leiter sind reine Soldschreiber des Kapitals, was auch aus jeder Zeile dieses Blattes leuchtet. Wir bedauern oft herzlich diese Skribenten, die sich mühen und plagen müssen, um dem Gegner beizukommen. Da sie meist so wenig Kenntnis von der Arbeiterbewegung und vom Sozialismus haben, als ein neugeborenes Kind von der Güte unserer göttlichen Weltordnung, so sind auch ihre Pfeile, die sie hin und wider gegen sozialistische Zeitungen senden, so miserabel stumpf und krumm, daß diese niemals ihr Ziel erreichen.

In einer der letzten Ausgaben der „Allgemeinen Zeitung" müht sich im Schweiße seines Angesichts ein Schreiber ab, irgend etwas gegen die Mehrheitssozialdemokratie zu verbrechen. Er windet und dreht sich, um Argumente gegen die Sozialdemokratie aufzuspüren, aber „woher nehmen und nicht stehlen?"

Von tiefstem Mitleid und Erbarmen für den Artikelschreiber wird man gepackt, wenn man folgende Sätze liest:

„Die mehrheitssozialistischen Parteiführer scheinen ihre unrühmliche Wirksamkeit während der letzten Jahre vertauschen zu wollen, oder wollen sie etwa leugnen, daß sie mit ihrer neuen Arbeitsverfassung und Streikhetzereien ein gerüttelt Maß voll zum Rückgang der Arbeitsleistungen beigetragen und selbst in Zeiten dringendsten Arbeitsbedarfes die Arbeiter der Betätigung ihrer Kräfte ferngehalten haben — aus agitatorischen Gründen? Die Sorge um die Beschaffung von Arbeit hat die Sozialdemokratie niemals geplagt, vielmehr ist sie immer nur darauf bedacht gewesen, die Arbeitsleistungen auf ein möglichst niedriges Maß herabzusetzen. In diesem Sinne wurde die Akkordarbeit stets mit besonderer Erbitterung bekämpft, dazu der stumpfsinnige Achtstundenarbeitstag (!) gesetzlich eingeführt."

Wir möchten der Oberleitung der „Allgemeinen Zeitung", die sich bekanntlich aus je 50 Prozent deutschnationaler und volksparteilicher Parteigänger zusammensetzt, nur raten, wenn wieder einmal ein Vorstoß gegen die Sozialdemokratie geplant ist, einen Schreiber damit zu beauftragen, der wenigstens seine Beschränktheit in politischen und gewerkschaftlichen Dingen besser zu verschleiern versteht. Ueber die närrische Hilflosigkeit jenes Federhelden, der sich die oben angeführten Ergüsse abgerungen hat, bekommen ia ABC-Schützen einen Lachkrampf. Unsere Leser wird die „furchtbare" Anklage gegen die Sozialdemokratie nicht minder ergötzen. Damit sie aber sehen, mit was für Geistern von der „Allgemeinen Zeitung" wir es fast täglich zu tun haben, wollen wir ihnen auch noch den übrigen Qualm vorsetzen:

„Auch legen die Erntestreiks in der Landwirtschaft beredtes Zeugnis dafür ab, wie die Arbeit von den Sozialisten bewertet wird. Ferner auch die massenhaft geübte passive Resistenz in den Betrieben. Erst dieser Tage mühte sich die mehrheitssozialistische „Volksstimme" wieder aus Leibeskräften, die hallischen Buchdrucker in den Streik zu hetzen (!). Nein, Sozialismus ist nicht Arbeit, wie die Führer der Partei in verantwortlicher Stellung glauben machen wollen, sondern diese Weltanschauung ist lediglich Faulenzerei und Diebstahl nach Maßgabe der Proudhonschen Theorie: „Eigentum ist Diebstahl!""

Blühender Unsinn dürfte der treffendste Ausdruck dafür sein.

Ferienwanderung.

De nächste Ferienwanderung findet am Dienstag, den 9. Aug. statt. Treffpunkt für Süden und Inneres der Stadt (Hallmarkt), für Norden (Gasthof zum Mohr). Abmarsch 8½ Uhr. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

der Arbeiterwohlfahrts-Ausschuß.

Vom Oktober an wieder Quäkerspeisungen.

Die Gesellschaft der Freunde von Amerika (Quäker) wird die Speisung in Halle fortsetzen, jedoch wird der Weiterbeginn der Speisung bis Mitte Oktober hinausgeschoben. Der Umfang der Winterspeisungsperiode steht noch nicht fest, doch ist bei dem bisher der Stadt Halle bewiesenen Entgegenkommen der Quäker mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Speisung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, im höchstmöglichsten Umfange fortgeführt wird.

Pilzregeln.

1. Sichere allgemeine Merkmale zum Erkennen der Giftigkeit oder Eßbarkeit der Pilze gibt es nicht.
2. Die Giftigkeit der Pilze erkennt man weder am Geschmack, noch am Blauanlaufen des Fleisches, noch am Schwarzwerden des Silberzeuges, noch am Verfärben einer Zwiebel.
3. Sammle nur Pilze, die du genau kennst!
4. Vermeide ganz alte, durchnäßte, schmierige Pilze und sammle nur gesunde, madenfreie Ware.
5. Präge dir als giftigsten Pilz den Knollenblätterpilz besonders ein!
6. Meide Röhrenpilze die an den Röhren und am Stiele lebhaft rot gefärbt sind, weil giftige darunter sind!
7. Stoße vermeintlich wertlose Pilze nicht um, denn es sind oft gute darunter, und selbst Giftpilze sind ein Schmuck des Waldes! (Fliegenpilze.)
8. Reiße die Pilze nicht **heraus**, sondern drehe sie los oder schneide sie tief **unten ab!**
9. Reinige die Pilze schon beim Sammeln!
10. Verwende zum Sammeln ein festes Behältnis, in dem sich die Pilze nicht gegeneitig zerdrücken!
11. Bewahre die Pilze ausgebreitet an kühlem Orte auf, wenn du sie nicht sofort zubereiten kannst!
12. Zerkleinere die Pilze gut, damit ihre Nährstoffe besser ausgenutzt werden.
13. Eßbar sind alle Röhrenpilze mit beringtem Stiele.
14. Eßbar sind alle Täublinge mit mildem Geschmack.
15. Eßbar sind alle Milchlinge mit mildem Geschmack, mit Ausnahme des Maggipilzes (nur Gewürzpilz).
16. Eßbar sind alle milden Bitterlinge, Trichterlinge, Stachel-, Korallen-, Becher-, Morchel- und Lorchelpilze. Letztere abbrühen!

Die Grundgebühr für einen Fernsprechanschluß des Ortsnetzes Halle beträgt vom 1. Oktober 1921 ab jährlich 600 Mark.

Wo bleiben die zuviel gezahlten Steuern? Die Aenderung des Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1921 hat bekanntlich eine Reihe Erleichterungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetz gebracht, namentlich bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn. Nun sind aber bis zum April dieses Jahres die Abzüge noch nach den alten Bestimmungen erfolgt, und die abgezogene Steuersumme ist in sehr vielen Fällen zum Teil wesentlich höher als die eigentliche Steuerschuld. Nun heißt es zwar, daß die zuviel gezahlten Beträge zurückgezahlt werden sollen. Aber bis jetzt, vier Monate nach Beginn des neuen Steuerjahres, ist davon noch nichts zu hören und zu sehen. Die Betroffenen sind mit Recht darüber empört, daß man mit ihren sauer verdienten Groschen so umspringt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Steuerbehörde endlich die Rückzahlung vornimmt, um so mehr, als feststeht, daß gerade die Arbeiter, Angestellten und Beamten bisher die Hauptsumme der Steuern aufgebracht haben.

Kartoffelpreis. Die Preisprüfungsstelle hat mit Wirkung bis zum 15. September 1921 den zulässigen Höchstzuschlag einschließlich aller Unkosten für den Kartoffelgroßhandel auf 6 Mk., für den Kartoffelkleinhandel auf 9 Mk. je Zentner festgesetzt.

Der neue Brotpreis für Halle. Der Kriegsbrotausschuß der Stadt Halle hat den Preis für Markenbrot vom 15. August ab we folgt festgesetzt: Brot (1800 Gramm) 6,30 Mark, Brötchen (85 Gr.) 35 Pfg., Kümmelweckchen (85 Gr.) 30 Pfg., Krankenbrot (850 Gr.) auf Krankenschein 3,60 Mark. Der Preis für markenfreies Brot ist noch nicht endgültig festgesetzt.

Lebensversicherung der Volksfürsorge. Mit dem 1. Juli 1921 hat die Volksfürsorge die sogenannte Groß-Lebensversicherung eingeführt, ohne ärztliche Untersuchung von 500 bis 20000 Mark und mit ärztlicher Untersuchung von 5000 Mark aufwärts. Kein Gewerkschaftsangehöriger oder Genossenschaftler hat es in Zukunft mehr nötig, seine Versicherungen bei privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften abzuschließen, weil auch sein eigenes Unternehmen, die von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründete Vosksfürsorge alle Zweige der Volks- und Lebensversicherung eingeführt hat. Ueber 800 000 Versicherungen sind bereits bei der Volksfürsorge abgeschlossen. Ein Beweis für das stetig wachsende Vertrauen der weitesten Volkskreise. Bei der Volksfürsorge erhalten die Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreis, da alle privat-kapitalistischen Gewinne ausscheiden. Auf Grund vieler Anfragen sei noch mitgeteilt, daß eine Befreiung von der Angestelltenversicherung durch Abschluß einer Privtversicherung augenblicklich nicht möglich ist.

Die Firma A. Linsel in Halle zieht ihren Gewinn daraus, daß sie durch äußerst gewandte Angestellte möglichst geschäftsunkundigen Personen die Vertretung und den Alleinvertrieb von angeblich ungeheuer zugkräftigen praktischen Neuheiten überträgt und sich dafür mehrere tausend Mark vorweg zahlen läßt. Die Abnehmer machen alle die gleiche Erfahrung, daß nämlich die Neuheiten in Wirklichkeit vollkommen abgewirtschaftete und zu den angesetzten Preisen unverkäufliche Artikel sind. Linsels Gewandtheit ist es leider jahrelang gelungen, sich allen strafgerichtlichen Verfolgungen zu entziehen. Jetzt ist er aber in Untersuchungshaft genommen und es ist dringend wünschenswert, daß alle Geschädigten, um ihm endlich sein gemeinschädliches Treiben zu legen, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden.

Fundbüro. In der Zeit vom 16. bis 31. Juli 1921 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 1 Geldbetrag, 1 Damenüberjacke, 1 Damenweste, 2 Foxterrier, Fahnenschnur, 1 Schränkchen, 2 Klemmer, 1 Hausschlüssel, 2 Geldtaschen mit Inhalt, 1 Paar Lederhausschuhe, 1 Damenuhrkette, 2 Schäferhunde, 1 Damenmantel mit Lackgürtel, 1 Spazierstock, 1 goldenes Anhängsel, 4 Schlüssel mit Bindfaden zusammengebunden, 1 Hut, 1 weißes Vorhemd, 1 silberne Taschenuhr, 1 silberne Herrenuhr m. Lederarmband, 1 Armband, 1 Liederbuch, 1 Dackelhund, 1 Erkennungsmarke für Kraftwagen. — Die unbekannten Eigentümer der bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. — Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Ueberwachung des Postverkehrs im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Ueberwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebiets Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Der Kuckuck. Ein Gerichtsvollzieher schreibt der „Kölnischen Zeitung": „Die Chinesen haben den Mut gehabt, ihre Zöpfe abzuschneiden, das deutsche „jus" kann sich dazu nicht immer aufschwingen. Um nur einen dieser Zöpfe vorzuführen: die Siegelmarke, im Volke der Kuckuck genannt, bildet a) eine Schädigung des Kredits, b) eine unnötige Härte und Verärgerung des anständigen Schuldners, c) eine Gefühlsverletzung. Und das alles wozu? In keinem Lande Europas besteht eine solche Einrichtung; die Siegelmarke wird durch die Unterschrift des Schuldners im Protokoll ersetzt, und dadurch wird der Zweck der Pfändung völlig erreicht. Der Gerichtsvollzieher, der heute den Kuckuck ankleben muß, leidet persönlich darunter, denn er, der nur seine Pflicht als Beamter tut, ist an sich schon der bestgehaßte Mensch; seine Aufgabe als Beamter ist so schwierig, weil er die Verbindung zwischen dem Richter und dem Publikum herzustellen hat. Das Ankleben der Siegelmarke ist ein physischer Moment, der je nach Temperament, Stand, Erziehung des Schuldners Schamverletzung und Aerger hervorruft, und der Gerichtsvollzieher, wenn er auch stumm seine Pflicht tun muß, empfindet es hart, wenn er unter den heutigen Verhältnissen fein veranlagte Menschen kränken muß, ohne in der Lage zu sein, seiner Pflicht eine gemilderte Form zu geben. Die Zwecklosigkeit des Kuckucks ist praktisch dadurch dargetan, daß vielfach das Pfandsiegel abgerissen wird, ohne daß man den Schuldner fassen kann; denn das Siegel kann abgefallen sein, auch wird sich nur selten ein Gerichtsvollzieher finden, der Anzeige erstattet, denn sein Herzenstakt verbietet es ihm, den bedrängten Schuldner noch weiterhin zu schädigen. Nach der Gesetzgebung gilt nach Anlegung des Siegels die Pfändung als getätigt, aber diese Tätigung kann durch das Protokoll, also die Aufführung der Pfandstücke und die Unterschrift des Schuldners, leicht ersetzt werden. Es ist Sache der obersten Justizverwaltung, einem berechtigten Wunsche, der nicht nur aus den Reihen der Gerichtsvollzieher, der Handels-, Landwirtschafts- und Rechtsanwaltskammern, sondern auch aus den breiten Schichten des Volkes heraus entsprungen ist, bei der Vorlage der zu erwartenden neuen Zivilprozeßordnung Rechnung zu tragen." Man kann dem Schreiber dieser Zeilen durchaus beistimmen.

Kleiner Brand. Am 6. 8. 21 nachm. gegen 4.40 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück der Seebener Straße gerufen, woselbst in einer Tischlerwerkstatt der Leimtocher übergekocht und dessen Inhalt in Brand geraten war. Beim Eintreffen der Wehr war der Brand bereits von Hausbewohnern gelöscht. — In einem Grundstücke der Thielenstraße entstand durch Kurzschluß ein Gardinenbrand, der von Hausbewohnern gelöscht wurde.

Felddiebstähle im Saalkreise. Im Monat Juli sind Felddiebstähle durch 87 Männer, 247 Frauen und 44 Kinder vorgenommen worden. Bandendiebstähle haben im Monat Juli nicht stattgefunden. Die Feldhüter sind in 9 Fällen von den Dieben beschossen worden, ohne daß es gelang einen davon habhaft zu werden.

Gröbers. Straßenreinigung. Die Gemeindevertretung hat beschlossen, die durch die Gemeinde seit 1912 **bewirkte** Straßenreinigung einzustellen, **sodaß sie wieder durch die Eigentümer der an die Straße angrenzenden Grundstücke zu bewirken ist**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0005
DFG

Provinz und Umgegend.

Der Verrat der bürgerlichen Angestelltenorganisationen.

Bereitelte Versammlungssprengung der Herren „vom Stand" in Weißenfels. Am Montag, den 1. August sprach in einer öffentlichen Versammlung des Afa-Bundes in Weißenfels der Redakteur P. Lange (Berlin) über den „geplanten Raub der Angestelltenversicherung auf die Taschen der Angestellten", und der Bezirkssekretär R. Bietz (Weißenfels) über das Thema: „Wie stellen sich die Angestellten zu der gegenwärtigen Teuerung." — Lange gab am Anfang seiner Ausführungen zunächst die Entstehung und die Entwicklung der Angestelltenversicherung bekannt. Das von ihm vorgetragene einwandfreie Ziffernmaterial war ein ausreichender Beweis dafür, daß die Forderungen des Afa-Bundes jede Sonderversicherung der Angestellten ablehnen und dafür die Invalidenversicherung entsprechend auszubauen, zu Recht besteht. Der Referent übte eine berechtigte Kritik an dem gesamten Verwaltungsgebahren der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die Rentensätze sind im Verhältnis zur Invalidenversicherung auf Grund der hohen Beiträge vollständig ungenügend. Der Referent schloß seine Ausführungen mit der bereits im Reichstage erhobenen Forderung, die Invaliden- und Angestelltenversicherung zu vereinigen und zweckentsprechend auszubauen. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung führte Bezirkssekretär Gen. Bietz aus, daß diejenigen Gewerkschaften Recht behalten hätten, die von Anfang an erklärt haben, daß ein Lohn- oder Gehaltsabbau erst dann in Frage kommen könnte, wenn Löhne und Gehälter einigermaßen mit dem Stande der Mark und den heutigen Lebensmittelpreisen ausgeglichen wären. Hinzukommt, daß jetzt seit Wochen wiederum eine Aufwärtsbewegung aller Preise zu bemerken ist, und die soviel gepriesene freie Wirtschaft keine Verbilligung, sondern höchstens eine Verteuerung gebracht hätte. Die amtlich ermittelten Index-Ziffern bewegen sich seit einigen Monaten ebenfalls nach oben. Die Arbeitgeber, die bereits zu dieser Frage Stellung genommen haben, kommen ebenfalls zu der Einsicht, daß man sich berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen nicht verschließen könne. Wenigstens ist dies bereits durch ein Rundschreiben den Mitgliedern bekannt gegeben worden. — Aus allen diesen Gründen habe der Afa-Bund in Weißenfels sich veranlaßt gesehen, mit den bürgerlichen Angestellten-Organisationen in Verbindung zu treten und eine Kündigung des Gehaltstarifs zu empfehlen. Leider ließen es diese „Gewerkschaften" wie immer an dem notwendigen Rückgrat fehlen und erklärten, daß jetzt noch nicht die Zeit gekommen sei. Der Redner wies daraufhin, daß die Arbeitgeber nie für Rückdatierungen bei Tarifverhandlungen zu haben seien und bedeutete die Stellungnahme der gegnerischen Organisationen einen großen Verlust für die Taschen der Angestellten. Wenn nunmehr erst die Kündigung des Gehaltstarifes am 31. August erfolgt, dann werden die neuen Gehaltssätze nicht vor dem 30. September in Kraft treten. Er wies darauf hin, daß der Reichstarif der Schuhmacher bereits am 25. Juli gekündigt sei. In anderen Städten seien ebenfalls die Tarife gekündigt. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er die sehr zahlreich vertretenen kaufmännischen und technischen Angestellten auf, zu dieser Frage in entscheidender Form Stellung zu nehmen. — Um nun möglichst viel Angestellten Gelegenheit zu geben, zu beiden Referaten Stellung zu nehmen, hatte der Afa-Bund eine Redezeit von 15 Minuten festgesetzt. — Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hatte seine Mitglieder extra per Karte aufgefordert, an der Versammlung teilzunehmen. Die Zwischenrufe während der beiden Referate ließen erkennen, daß man versuchte, auf Seiten der Deutschnationalen Handlungsgehilfen die Versammlung zu sprengen. An die im Mitglieder versichtete Karte hatte folgenden Wortlaut:

„Kolleginnen! Kollegen!

Am Montag, den 1. August, spricht im Volkshaus in öffentlicher Versammlung Kommunist Paul Lange über das irreführende Thema „Der Raub der Angestelltenversicherung auf die Taschen der Angestellten".

Wegen bedeutender Gegenredner haben wir uns bemüht, zu deren Unterstützung jeder Kollege und jede Kollegin unbedingt erscheinen muß!

Deutschen Gruß!

V. W. A. Kallenowski-Stüber. — D. H. V. Schrader-Meyer. — D. B. B. Voigt."

Es meldete sich als erster „bedeutender" Gegenredner der Deutschnationale Hartz (Halle). Er verlangte für seine Person eine Redezeit von einer Stunde und erwartete von der Versammlungsleitung, daß er diese Redezeit ohne Weiteres zugebilligt erhelte, da er an einer Abstimmung kein Interesse habe. Als ihm dies verweigert wurde, forderte er seine Mannen auf, mit ihm den Saal zu verlassen und sich in Schumanns Garten am gleichen Abend seine Ausführungen anzuhören. Ungefähr 70 Personen verließen den Saal, währenddem der Rest, über 200 Personen, im Saal verblieb. Würde dem Wunsche des Herrn Hartz entsprochen worden sein, so hätte der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der sich ebenfalls zwei Herren nach Weißenfels verschrieben hatte und zwar Herr Meinel (Halle) und ein anderer Verbandsangestellter aus Leipzig, nicht zu Worte kommen können. Mit der Aussprache wurde punkt 10¼ Uhr begonnen und wäre es den beiden Referenten unmöglich gewesen, auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen im Schlußwort einzugehen. Bezeichnend ist, daß ein großer Teil der Mitglieder der D. H. V. wie auch des G. D. A. der Aufforderung des Herrn Hartz nicht folgten, sondern in der Versammlung der Afa verblieben. Nachdem die Herren den Saal verlassen hatten, meldete sich ein Herr Vogel zum Wort. Verschiedene Versammlungsteilnehmer hatten bei diesen Ausführungen das Gefühl, daß Redner ein beauftragter, wenn nicht gar ein angestellter Wanderredner der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist. Er sprach davon, daß er in letzter Zeit in Mitteldeutschland an mehreren Afa-Versammlungen, in denen gegen die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, bzw. gegen die Angestelltenversicherung Stellung genommen würde, teilgenommen habe. Er versuchte, das von Kollegen Lange angeführte Material zu entkräften und führte Beispiele an, die höchstens für das Material Lange sprachen. Kollege Lange konnte sich deshalb in seinem Schlußwort sehr kurz fassen und empfahl dem Herrn Vogel, sich eine bessere Kenntnis in den Sozialversicherungsfragen zu schaffen, damit er in der Lage ist, den Angestellten in solchen Versammlungen ein zuverlässiges Urteil abzugeben. Lange benutzte die von dem Diskussionsredner angeführten Beispiele, um zu zeigen, daß er durchaus berechtigte Kritik geübt habe. Den Ausführungen folgte ein lebhafter Beifall. Kollege Betz empfahl in seinem Schlußwort folgende Entschließungen zur Annahme:

1. „Die am 1. August im Saale des „Stadttheaters" in Weißenfels versammelten Angestellten protestieren gegen die Annahme der beim Reichstage vorliegenden Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Invalidenversicherung ihren Versicherten bei wesentlich geringeren Beiträgen weit höhere Leistungen als die Angestelltenversicherung gewährt. Auch die Verwaltungskosten der Invalidenversicherung sind geringer. Das Verhältnis wird bei einer Zusammenlegung noch günstiger werden, da der umständliche und kostspielige Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung dann überflüssig wird. Angesichts dieser Tatsachen, fordern die Angestellten den Reichstag auf, folgendes zu beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, spätestens bis Ende dieses Jahres dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der unter Wahrung der von den Angestellten erworbenen Rechte die Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung bringt, mit dem bisherigen Prinzip des Prämiendurchschnittsverfahrens bricht und den Versicherten eine maßgebende Mitwirkung sichert."

2. „Die heute im Stadttheater versammelten Angestellten sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die heutigen und kommenden Teuerungsverhältnisse eine unbedingte Revision des jetzt geltenden Ortstarifs verlangen, und beauftragen die Angestellten-Organisationen, die dazu notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Angestellten sind Gegner jeder Verzögerung und erklären sich mit einer Kündigung des Ortstarifs durch den Afa-Bund einverstanden.

Die Entschließungen wurden einstimmig angenommen, selbst die noch anwesenden Mitglieder des D. H. V. und G. D. A. stimmten dafür. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hielt es für notwendig, über die mißlungene Sprengung und über die Fortsetzung dieser Versammlung in Schumanns Garten dem hiesigen Tageblatt einen Bericht einzusenden. In dieser Versammlung hat der Standesdünkel wieder wahre Orgien gefeiert. Eine Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter können es nicht geben, weil die Angestellten besonders Standesinteressen hätten. Nach dem Bericht des Tageblattes hat Hartz in dieser Versammlung erklärt, daß die Angestellten keine Lust hätten, sich unter die Botmäßigkeit der Handarbeiter zu stellen. Das Verhalten der „Standesherren" in der Versammlung im Stadttheater hat aber gezeigt, daß sie in punkto Anstand vom Arbeiter noch sehr viel lernen müssen. Die Versammlung war für den Afabund ein voller Erfolg und beweisen ja auch bereits die inzwischen eingegangenen Anmeldungen beim Zentralverband der Angestellten, daß die Angestellten trotz der guten Ermahnung des deutschnationalen Hartz, nicht mehr gewillt sind, die Harmonieduselei der gegnerischen Angestellten-Organisationen mitzumachen. —

In einem „Eingesandt" im Weißenfelser Tageblatt macht jetzt ein Herr Ortmann seinem bedrängten Herzen Luft und empfiehlt die Einigung der Angestellten. Er ist aber mit der Taktik des Afa-Bundes wie auch mit der der gegnerischen Organisationen nicht zufrieden. Er ruft beiden Organisationsrichtungen zu: „Einigt euch, sucht Anbahnung, reicht euch die Hände." Wir können dem Herrn Ortmann nur das Eine sagen, die Einigung wird sehr schnell vollzogen sein, indem wir die Angestellten über das verräterische Treiben der deutschnationalen Organisation aufklären werden. Es ist nicht die Aufgabe des Afa-Bundes nur Gehalts- und Lohnpolitik zu treiben, sondern mehr wie bisher die Angestellten zu erziehen und sie zur Teilnahme an der Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens zu bewegen suchen. Es ist jetzt erwiesen, ist der D. H. V. und G. D. A. lediglich verhindern wollten, in dieser Versammlung über die Tarifkündigung einen Beschluß herbeizuführen. Das ganze Verhalten dieser Verbände in den Tagen vor der Versammlung ist hierfür der beste Beweis, und die Angestellten können sich bei diesen „Führern" bedanken, wenn die Tarifbewegung um so und so viel Wochen später zu Ende geführt wird.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Die hiesigen Buchdrucker und die neue Teuerungszulage. In einer am Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung nahmen die Buchdrucker in ziemlich scharfer Weise Stellung zur Erhöhung der Wirtschaftsbeihilfe, die durchwegs als nicht befriedigend betrachtet wurde. Die einmütig zum Ausdruck gelangte Stimmung gipfelte in folgender Resolution: „Der Ortsverein Eisleben im Verbande der Deutschen Buchdrucker ist einmütig der Auffassung, daß mit der bisherigen Methode, der herrschenden Teuerung durch groschenweise Zulagen zu steuern, unter allen Umständen gebrochen werden muß. Er erwartet, zur Beendigung der übergroßen Not der Gehilfen, von den nächsten Verhandlungen eine Zulage von mindestens 50 Mark wochentlich. Sollte dieser Ausgleich an der sozialen Verständnislosigkeit der Prinzipale scheitern, so ist der Streik unverzüglich in die Wege zu leiten." Mit der Annahme dieser Resolution ist der Geduldsfaden der Buchdrucker am Zerreißen angelangt. Sie haben sich zunächst auf 50 Mark festgelegt, was lediglich zum Ausdruck bringen soll, beim nächsten Male einen gehörigen Sprung nach vorwärts zu tun. Andernfalls zieht man lieber ein eventl. wochenlanges Hungern dem Hunger in Permanenz vor. Auf der einen Seite die Befriedigung so ziemlich aller Wünsche, auf der andern ein Leben im Schatten ohne Ende, das hält auf die Dauer schließlich kein Vieh, viel weniger ein hochqualifizierter Arbeiter aus. Die Sturmzeichen melden sich also!

— Die Mädchenvolksschule frei! Das ist die Losung des Tages, die mit allem Nachdruck erhoben wird. Im Hintergrunde lauert das Gespenst des Schulstreiks. Trotz aller bisher gezogenen Register ist die Mädchenvolksschule unter die Ferienzeit von der Schupo besetzt geblieben, trotz gegebener Versprechen von maßgebender Stelle, die Räumung bestimmt vornehmen zu lassen. Es ging denn auch ein ziemlich lautes Raunen durch die Arbeiterkreise und dieses Grollen aus dem „Gewimmel in der Tiefe" mag wohl auch die Regierung vernommen haben. Am Sonnabend nachmittag erschienen ihre Vertreter auf dem Rathaus und hatten Besprechungen mit dem Magistrat, den Vertretern der Arbeiterschaft (Stadtverordneten), den Vertretern der Lehrerschaft und dem Elternbeirat. Die Regierung ihrerseits betonte, keinen Tag länger als nötig die Mädchenvolksschule benutzen zu wollen. Demgegenüber wurden positive Erklärungen erwartet, daß mindestens sofort nach den Ferien die Räumung vor sich gehen müsse, um dann schleunigst die Renovierung vornehmen zu können. Die durchaus sachlich verlaufenen und von ernstem Willen getragenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß mit dem 11. August der obere Teil der Schule geräumt wird, mit dem 15. August der untere und damit die gesamte Schule. Die Schupo soll untergebracht werden in der „Wartburg" und in der Lage, die beide vom Wohnungsamt zu beschlagnahmen wären. Es wird natürlich ziemliches Hallo geben, doch vor solchem künstlich erzeugten Spektakel darf sich keine Behörde schrecken lassen. Die Arbeiterschaft hat durch die Belegung der Mädchenvolksschule genügend Opfer gebracht, jetzt kann die andere Seite auch mal zeigen, was sie kann. Es hilft alles weiter nichts, die Schule muß frei werden und an dem eventl. Widerstand gegenüber der Beschlagnahmung der Wartburg und der Lage darf der Wille nicht zuschanden werden. Die Zukunft des Volkes steht über den Interessen einzelner exklusiver Schichten!

— Schwerer Gefahr entronnen! Vorgestern fuhr ein Radfahrer im Tempo die abschüssige Bahnhofstraße an der Stelle herunter, wo dieselbe in die Hallische Straße mündet. Zu derselben Zeit kamen in gleicher Linie ein tutendes Auto und die klingelnde Elektrische angefahren. Es fehlte nicht viel und der Radfahrer fuhr in beide hinein. In seiner Not fuhr er gerade aus, über den Bordstein, streifte um Haaresbreite den Mast der Elektrischen und brach dann stürzend unter seinem Rad vor dem ehemaligen Hotel Kaiserhof zusammen. Zum Glück hatte er keinen Schaden genommen. Dieser Sturz, der dem Radler sehr gefährlich werden konnte, mag als Warnung dienen, die Straßen in vorschriftsmäßigem Tempo zu durchfahren.

Helfta. Fahrlässige Tötung. Am Sonnabend, den 6. d. M., nachmittags um 4.15 Uhr wurde der 13jährige Schulknabe Walter Kiewug durch den etwa 15jährigen Präparanden Rudolf Berger, Sohn des Lehrers Berger, ungewollt, jedoch in höchst leichtsinniger Weise beim Schießen nach Spatzen mit einem 6-Millimeter-Tesching erschossen. Der Präparand Berger war bemit beschäftigt, auf dem Schulhofe nach Sperlingen zu schießen. Neugierig und durch das Schießen angelockt, gesellten sich mehrere Kinder, darunter der Erschossene zu ihm. Berger wollte die Kinder vom Hofe jagen und ging mit dem Tesching unterm Arme und die Hand am Abzugsbügel, mit den Worten: „Weg oder ich schieße mit Kraft!" auf diese zu. Dabei entlud sich der Schuß und traf den kleinen Kiewug aus 3 Meter Entfernung tödlich in die Brust. Der Unglücksfall ist um so bedauerlicher, als der 13jährige Kiewug die einzige Stütze seiner Mutter, der Witwe Kiewug, werden sollte. Die Mutter ist nun um ihre Hoffnung betrogen. Die Eltern des Berger sind zurzeit verreist und kehren erst heute (Sonntag) zurück. Der Täter ist inzwischen auf Veranlassung des Herrn Amtsrichters dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt worden. Auf dem Wege nach dem Amtsgerichtsgefängnis äußerte er sich, daß er nun, soweit es in seinen Kräften stände, für die hinterbliebene Mutter sorgen wollte. Hoffentlich bleibt er seinem Vorsatz treu. Dieser Vorfall lehrt wieder einmal, daß man nicht mit Schußwaffen, auch wenn es sich nur um solche mit ganz geringer Durchschlagskraft handelt, leichtsinnig umgehen soll. Am allerwenigsten sollen solche Waffen Kindern zugänglich gemacht werden.

Hettstedt. 2000 Mark Belohnung. Am 31. 7. 21, in der Zeit von 6—9¾ Uhr nachmittags, sind von einem Personenkraftwagen auf dem Wege von Burg, Magdeburg, Egeln, Aschersleben, Hettstedt, Mansfeld, Sangerhausen und Artern zwei Reisekoffer, die hinten aufgeschnallt waren, verloren worden. 1. Ein gelber Lederkoffer, 80×50 Zentimeter, mit 2 Schlössern und Inhalt; 2. ein brauner Koffer aus imitiertem Leder, 60×30 Zentimeter, mit 2 Schlössern und Inhalt. Zweckdienliche Meldungen werden an die hiesige Polizeibehörde, Zimmer Nr. 8, erbeten.

Torgau—Liebenwerda.

Liebigau. Stadtverordnetensitzung. Anwesend sind vier Magistratsmitglieder und elf Stadtverordnete. 1. Die Niederschrift der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. 2. Die Prüfung der Stadtkasse wird zur Einsichtnahme herumgereicht. 3. Der Fortbildungsschulkasse wird Entlastung erteilt. 4. Besoldungsregelung. Der Bezirksausschuß hat entschieden, daß der Einreihung des Polizeiwachtmeisters in Kl. 3 der Besoldungsordnung nichts entgegenzustellen sei, da die örtlichen Verhältnisse eine höhere Einstufung nicht bedingen. 5. Abgelehnte Wohnungsluxussteuer. Der Bezirksausschuß hat die Genehmigung zur Einführung einer solchen Steuer abgelehnt mit der Begründung, daß sie dem § 63 der Städteordnung entgegenstehe. Hiergegen wird auf Antrag des Stv. Gen. Mannke Beschwerde erhoben werden, da andere Städte diese Steuer ebenfalls eingeführt haben. Im Anschluß daran beauftragt Stv. Gen. Mannke beim Reichsminister des Innern Beschwerde dagegen zu erheben, daß die Bocksche Jagdpilla für den dänischen Gesandten vom Auswärtigen Amt mit Beschlag belegt worden ist. 6. Gesuch der Schützengilde. Diese hat ersucht, ihr das eingenommene Standgeld vom städtischen Gelände anläßlich des Schützenfestes zu belassen, da die Stadt schon eine große Einnahme durch die Vergnügungssteuer gehabt habe. Mannke beantragt, das Gesuch abzulehnen, mit der Begründung, daß wir auf der einen Seite nicht wissen, wo wir Geld hernehmen sollen, und auf der anderen Seite würden Geschenke gemacht. Der Antrag wird mit 7 gegen 4 Stimmen abgelehnt. 7. Anstellung einer Gemeindeschwester. Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß dies sobald wie möglich geschehen müsse. 8. Verschiedene kleine Anfragen bilden den Schluß der Sitzung. Die Punkte 5 u. 6 werden an dieser Stelle noch eingehend behandelt werden.

Kröbeln. Kinderfest. Auch in unserem, früher tiefschwarzen Nest haben wir Fuß gefaßt. Das von uns veranstaltete Kinderfest wurde ein voller Erfolg für unsere Sache. Nur weiter so in Einmütigkeit gehandelt. Damit erweisen wir der Sache des Proletariats einen guten Dienst. Allen Genossinnen und Genossen für ihre freudige Mitwirkung sagen wir den besten Dank.

Ruhla vor dem Konkurs. Nachdem das in unserem Bezirk liegende Städtchen Löbejün seinen Konkurs gemeldet hatte, folgt ihm das thüringische Städtchen Ruhla auf diesem verhängnisvollen Wege. Die erst vor einem Jahre dem Eisenacher Bezirk vollständig zugesprochene Stadtgemeinde Ruhla, bekannt durch ihre Uhren- und Meerschaumindustrie, ist in großen Geldnöten. Wie der Bürgermeister König im Gemeinderate mitteilte, ist die Stadtkasse nicht imstande, in der nächsten Woche irgendwelche Löhne und Gehälter auszuzahlen. Eine Bank, die bisher Vorschüsse gegeben hat, erklärte, nicht mehr in der Lage zu sein, der Stadt fernerhin Kredit zu geben.

Aus aller Welt.

Berlin. Großes Schadenfeuer. Auf dem Siedlungsgelände nordwestlich von Müncheberg brannte eine dem Obst- und Heimstättenverein „Freiland" in Neukölln gehörige große Dampfsägerei mit allen Nebenwerkstätten und großem Holzvorrat völlig nieder. Der Schaden wird auf rund eine halbe Million Mark geschätzt.

Hamburg. Der Mörder Tiszas verhaftet. Sonntag wurde hier der Mörder des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, der frühere Offizier Czermyak verhaftet. Die Polizei war auf den seit langem hier arbeitenden Cz. durch seinen umfangreichen postlagernden Briefwechsel aufmerksam geworden.

Frankenthal, 8. Aug. Ein Amerikaner wegen versuchter Bestechung bestraft. Der amerikanische Chemiker Dr. Lanstane erhielt wegen versuchter Bestechung eines Chemikers der Badischen Anilin- und Sodafabriken in Ludwigshafen vier Monate Gefängnis.

Paris. Raubüberfall im Schnellzug. In der Freitag nacht ist ein neues Attentat in einem Schnellzug verübt worden. Im Schnellzug Le Havre-Paris wurde um vier Uhr morgens der schweizerische Staatsangehörige Ebener überfallen und seiner Brieftasche beraubt, die 800 Franken und seine Papiere enthielt. Obwohl ein anderer Reisender ihm zu Hilfe kam, gelang es dem Banditen, die Notbremse zu ziehen und aus dem Zuge zu entfliehen. Er ist jedoch später verhaftet worden.

San Franzisco, 7. Aug. Ein Dampfer gesunken. Der Dampfer Alason, der mehr als 200 Fahrgäste an Bord hatte, ist vor Eureka (Kalifornien) gesunken. Zwei vollbesetzte Boote wurden von einem Dampfer aufgenommen.

Wetter am 9. August (Dienstag). Zeitweise aufheiterndes, vorwiegend mildes bis trübes, wieder ziemlich warmes Wetter mit Regen, stellenweise Gewitter.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Verkauf und Abbruch der Bedürfnisanstalt am Rannischen Platz.

Verdingungstermin am 12. August 1921, 10 Uhr vormittags, Rathausstraße 6, Zimmer 106. — Bedingungen ebendort einzusehen.

Halle, den 8. August 1921. **Städtisches Hochbauamt.**

Bekanntmachung

betr. Milchkarten.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 15. Juli 1921 machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Milchhändler in erster Linie Milch an die im Besitze des Stammes der bisherigen Milchkarten befindlichen versorgungsberechtigten Personen abzugeben haben.

Zuwiderhandlungen ziehen auf Grund unserer Verordnung vom 30. Mai 1921 Bestrafung nach sich.

Halle, den 2. August 1921. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

Bekanntmachung.

Der städtische Obstverkauf wird Dienstag, den 9. August, fortgesetzt.

Eisleben, den 8. August 1921. **Der Magistrat.**

Gültigkeit der Einmachezuckermarken.

Die Marken der ersten Rate der Einkochzucker-Verteilung verlieren mit dem 6. August 1921 ihre Gültigkeit. Die der zweiten Rate sind bis zum 31. August d. J. mit Zucker zu beliefern. Nach diesen Verfalltagen belieferte Marken dürfen von den Kleinhändlern nicht mehr eingelöst werden.

Eisleben, den 2. August 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V.: Dr. Wanderslieb, Regierungsreferendar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210808-14/fragment/page=0006